



Die Soziale Stadt Forchheim-Nord

Integriertes Handlungskonzept

April 2004

Ebe + Ebe

Prof. Johann Ebe + Sibylle Ebe
Architekten BDA und Stadtplaner
Volkartstraße 50
80636 München
Tel. 089 / 180018
Fax. 089 / 180020
buero@ebe-ebe-architekten.de

mit:

Brenner Landschaftsarchitekten
Freiraumplanung Städtebau Ökologie
Prof. Dipl.Ing. Hermann Brenner
Landschaftsarchitekt BDLA
Am Buchenhang 10 84032 Landshut
Tel. 0871 42986
Fax. 0871 41891
mail@buero-brenner.de

BASIS - Institut für soziale Planung

und Gestaltung GmbH
Schillerplatz 16
96047 Bamberg
Tel. 0951 / 98633 -0
Fax. 0951 / 98633 - 90
Info@basis-institut.de

intep

Integrale Planung GmbH
Innere Wiener Straße 11
81667 München
Tel. 089 / 459949 -0
Fax. 089 / 459949 -10
Info@intep.de

Inhalt

1.	Vorbemerkungen.....	4
2.	Forchheim-Nord: Zielgebiet der Sozialen Stadt	6
2.1	Aufnahme in das Bund-, Länderprogramm "Die Soziale Stadt"	6
2.2	Planungs- und Entscheidungsgrundlagen – Ergebnisse der vorbereitenden Voruntersuchungen	8
2.2.1	Städtebauliche, freiraumplanerische, bauliche und energetische Problemfelder (Ebe & Ebe, Brenner, intep).....	8
2.2.2	Soziale und ökonomische Problemfelder – Sozialraumanalyse des BASIS-Institutes.....	18
2.2.3	Bisherige Projektarbeit/ Erfolgsbilanz	25
3.	Organisationsstruktur und Entscheidungsprozesse im Projekt Soziale Stadt.....	27
3.1	Projektleitung.....	27
3.2	Quartiersmanager.....	27
3.3	Projektbegleitung	27
3.4	Kommission	28
3.5	Initiativgruppen.....	28
3.5.1	Arbeitskreise zur Bürgerbeteiligung	28
3.6	Stadtteilkonferenz.....	29
3.7	Koordinierungskonferenz (Sozialgespräch)	29
3.8	Projektbegleitung	29
3.8.1	Laufende Beratung im Bereich Energie/ Bauen durch Architektur-/Stadtplanungsbüro.....	29
3.8.2	Projektbegleitung und Beratung durch ein Institut	29
3.9	Projektgremien und Projektorganisation in der Übersicht.....	30
4.	Zielbereiche Integriertes Handlungskonzept.....	32
4.1	Entwicklung der Zielbereiche	32
4.2	Integrierter Maßnahmenplan: Probleme, Ziele, Maßnahmen.....	33
4.2.1	Zielbereich: Soziale Infrastruktur	34
4.2.2	Zielbereich: Wohnen, Wohnumfeld und Gewerbe	37
4.2.3	Zielbereich: Frei- und Grünflächen im öffentlichen Raum	45
4.2.4	Zielbereich: Wege/Verkehr.....	54
4.2.5	Zielbereich: Energie.....	57
4.2.6	Zielbereich: Soziales Zusammenleben und Integration.....	59
4.2.7	Zielbereich: Bildung, Qualifikation und Beschäftigung.....	60
4.2.8	Zielbereich: Kinder und Jugend.....	62
4.2.9	Zielbereich: Treff- und Freizeitmöglichkeiten/öffentl. Leben.....	63
4.2.10	Zielbereich: Ältere Generation	64
4.2.11	Zielbereich: Vernetzung bestehender Initiativen und Strukturen	65
4.2.12	Zielbereich: Aktivierung bürgerschaftlichen Engagements und Bürgerbeteiligung.....	66
5.	Projektcontrolling und Evaluation.....	67

1. Vorbemerkungen

Mit dem Bundesprogramm zur "Förderung von Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf" wurde ein neues Kapitel städtebaulicher Planungsanstrengungen aufgeschlagen. Durch eine Studie "Überforderte Nachbarschaften - soziale und ökonomische Erosion in Wohngebieten" im Auftrag des Gesamtverbandes der Wohnungsunternehmen (GDW) wurde die Wichtigkeit eines bundesweiten Engagements zur Stabilisierung von Stadtteilen deutlich.

Die Oberste Bayerische Baubehörde fasst den Programmansatz wie folgt zusammen:

"Seit 1999 gibt es die Gemeinschaftsinitiative "Stadt und Ortsteile mit besonderem Entwicklungsbedarf - die Soziale Stadt". Die Initiative ist ein nationales Aktionsprogramm zur sozialen Stabilisierung von Problemgebieten in Städten und Gemeinden. Sie hat einen ganzheitlichen Erneuerungsansatz und soll den "Fahrstuhleffekt nach unten" in bestimmten Quartieren bremsen oder aufhalten. Die Stadtsanierung hat zwar bisher schon wichtige Beiträge zur sozialen Aufwertung problematischer Stadtteile geleistet, aber sie ist heute vor Aufgaben gestellt, die umfassendere Strategien verlangen. Die 'Soziale Stadt' ist, wie die traditionelle städtebauliche Erneuerung, eine Querschnittaufgabe, aber mit deutlich erweiterten Handlungsfeldern. So stehen Beschäftigung, Soziales und auch Ökologie gleichberechtigt neben baulichen und städtebaulichen Aufgaben."¹

Dadurch wird eingeräumt, dass die herkömmlichen Sanierungsprojekte, die ihr Hauptaugenmerk auf bauliche Veränderungen lenkten und bei denen ausschließlich Investitionen gefördert wurden, nicht ausreichend waren, um in bestimmten Stadtteilen nachhaltige Veränderungen zur Stabilisierung zu bewirken. Beim neuen Fördertypus Soziale Stadt sind daher nun ausdrücklich auch nicht-investive Maßnahmen, wie z.B. die Anstellung eines Quartiersmanagers, möglich. Die neuen Chancen dieses Projektansatzes gehen aber mit einer ganzen Reihe neuer Anforderungen einher: Ein integriertes Handlungskonzept, das alle im Stadtteil vorhandenen Probleme skizziert und fundierte Lösungsvorschläge beschreibt, soll mit Unterstützung von Bürgern und Fachleuten unter Einbeziehung aller Handlungsbereiche erarbeitet werden. Diese intensive Forderung nach Bürgerbeteiligung und Einbeziehung von Fachleuten und Gruppen ist die Basis für einen komplexen Planungsvorgang, der zwischen den Interessen und Sichtweisen z.B. von Politikern, Sozialarbeitern, Schulleitern, Bürgern aus dem Stadtteil, Polizeibeamten, Mitarbeitern des Bauamtes etc.

¹ Oberste Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Innern, 2000

vermitteln muss, um zu einem Gesamtergebnis, einem "Integrierten Handlungskonzept" zu kommen. Dies erfordert und erfordert ein intensives Eingehen auf die jeweils aus fachlichem bzw. biographischem Hintergrund unterschiedliche Sichtweise der anderen Berufsgruppe bzw. des anderen Professionalisierungsgrades. Damit dabei niemand als "Laie" oder als "betriebsblinder Experte" abgestempelt wird, also ein Dialog stattfindet, der alle in gleicher Augenhöhe einbindet, werden entsprechende Moderations- und Beteiligungsverfahren benötigt, die weit über die Verfahren, die in klassischen Sanierungsverfahren Verwendung finden, hinausgehen. Daher ist die "Soziale Stadt" nicht nur ein neues Fördermodell, sondern ein Lernfeld für eine moderne bürgerorientierte und nachhaltige Entwicklung eines Stadtteils.

Auf den folgenden Seiten wird ein Integriertes Handlungskonzept (im Folgenden IHK) skizziert. Dazu wird zu Beginn das Untersuchungsgebiet kurz vorgestellt (Kapitel 2). In einem nächsten Schritt werden die in den Vorbereitenden Untersuchungen erarbeiteten Problemfelder und Potenziale im Untersuchungsgebiet zusammenfassend dargestellt.² Aufbauend auf der Darstellung der Problemfelder in Kapitel 3, werden in Kapitel 4 und 5 die für das IHK relevanten Zielbereiche formuliert und die dazu nötigen Maßnahmen aufgeführt. Im Anhang findet sich dann nach Zielbereichen sortiert, ein detaillierter Maßnahmen- und Kostenplan.

² An dieser Stelle sei darauf verwiesen, dass eine detaillierte Darstellung der Problemfelder und Ansatzpunkte in den entsprechenden Voruntersuchungsberichten der Planungsbüros Ebe & Ebe, Brenner Landschaftsarchitekten, intep und dem BASIS-Institut zu finden ist.

2. Forchheim-Nord: Zielgebiet der Sozialen Stadt

2.1 Aufnahme in das Bund-, Länderprogramm "Die Soziale Stadt"



Forchheim-Nord (ca. 103,3 ha) liegt nördlich der Forchheimer Altstadt jenseits der Adenauerallee, zwischen Autobahn und Bahngleisen. Das Gebiet ist, abgesehen vom überwiegend gewerblich genutzten Areal zwischen Büg- und Bamberger-Straße und den Schulen im Norden und Nordosten, geprägt von Wohnbauten aus den 50er und 70er Jahren.

Der Stadtteil ist verschiedensten Belastungen ausgesetzt und hat in mehrfacher Hinsicht "besonderen Entwicklungsbedarf": Neben Sanierungs- und Modernisierungsbedarfen im Wohnbestand der ortsansässigen Wohnungsunternehmen sowie gestalterischer Mängel im Freiflächenbereich und an öffentlichen Plätzen, ist das Gebiet geprägt durch vielschichtige soziale und ökonomische Problemlagen. Der Anteil der Sozialhilfe- und Wohngeldempfänger ist im Vergleich zur Gesamtstadt überproportional hoch. Besondere Probleme bestehen auch bezüglich der Bildungsniveaus und der geringen Beschäftigungsmöglichkeiten vieler Bewohner. Zudem lebt im Stadtteil ein hoher Anteil integrationsbedürftiger Bevölkerungsgruppen. Aus städtebaulicher und sozialer Sicht stellt der Wohnblock in der Herderstraße einen besonderen Problembrennpunkt im Stadtteil dar. Die Bausubstanz ist nicht mehr sanierungsfähig und ein Großteil der Bewohner sind mietunfähig. Diese unzumutbaren Wohn- und Lebensverhältnisse wirken sich negativ auf das Wohnumfeld sowie das Image des gesamten Stadtteils aus.

Die vielschichtigen Probleme im städtebaulichen und sozialen Bereich führten letztendlich dazu, dass der Stadtteil 2003 in das Bund-Länder-Programm "Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Die Soziale Stadt" aufgenommen wurde. Seit Frühjahr 2003 ist nun ein Team aus Sozial-, Stadt-, Grün- und Energieplanern damit beauftragt, die Ursachen der Problematik zu analysieren und Lösungs- und Verbesserungsvorschläge für eine nachhaltige positive Entwicklung des Stadtteils in einem IHK zu erarbeiten.

2.2 Planungs- und Entscheidungsgrundlagen – Ergebnisse der vorbereitenden Voruntersuchungen

2.2.1 Städtebauliche, freiraumplanerische, bauliche und energetische Problemfelder (Ebe & Ebe, Brenner, intep)

2003 wurden umfassende Vorbereitende Untersuchungen gem. § 141 BauGB durchgeführt, die städtebauliche, freiraumplanerische und energetische Gesichtspunkte berücksichtigen. Die Ergebnisse sind in 2 Berichten zusammengefasst:

- Städtebauliche Untersuchung und Bestandsaufnahme im Rahmen des Programms "Soziale Stadt" (Büro Ebe + Ebe und Büro Brenner)
- Untersuchung Energieplanung Forchheim – Nord (Büro intep)

Isolierte Lage

Wie bereits einleitend erwähnt, ist Forchheim-Nord an drei Seiten von stark frequentierten Verkehrswegen umschlossen. Die südliche Grenze bildet die viel befahrene Adenauerallee. Im Westen wird der Stadtteil durch die Autobahn sowie den Main-Donau-Kanal von anderen Stadtteilen abgeschottet. Die in Nord-Süd-Richtung verlaufende Bahntrasse stellt die östliche Grenzlinie dar. Dies führt einerseits zu einer sehr guten Verkehrsanbindung, andererseits aber auch zu erheblichen Beeinträchtigungen des Wohnumfelds durch Lärm- und Abgase und einer Isolation durch eine gewisse Insellage vom Rest der Stadt, weil es nur wenige Verbindungen in die angrenzenden Stadtviertel gibt.

Wenig differenzierte Bau- und Grünstruktur erschwert Orientierung

Forchheim-Nord ist relativ locker bebaut. Bedingt durch die Entstehungszeit in den 50er Jahren gibt es keine Straßenrandbebauungen; fast alle Gebäude sind von der Straße abgerückt, häufig stehen sie schräg zur Straße. Dies führt zu wenig ausgeprägten Straßenkanten. Nur der Josef-Otto-Platz weist durch Raumkanten einen gewissen Platzcharakter auf. Jedoch ist auch diese Platzfläche stark eingegrünt und als "Platz" kaum wahrzunehmen. Insgesamt ist der öffentliche Raum wenig differenziert gestaltet, wodurch eine Orientierung innerhalb des Gebietes erschwert wird. Wegen des gleichmäßigen "Grünschleiers" über dem gesamten Gebiet und wegen der fehlenden Akzentuierung einzelner Bereiche fällt eine Orientierung schwer. Innerhalb Forchheim-Nords gibt es allerdings ein dichtes Rad- und Fußwegenetz abseits der ausgewiesenen Straßen.

Unzureichende Infrastruktur insbesondere für die ältere Generation

Neben dem überwiegend gewerblich genutzten Areal zwischen Büg- und Bamberger Straße und den Schulen im Norden und Nordosten, findet man in Forchheim-Nord überwiegend Wohnbauten aus den 50er und 70er Jahren. Neben kleinteiliger Ein- und Zweifamilienhausbebauung zwischen Adenauerallee und Von-Ketteler-Straße handelt es sich dabei zum größten Teil um Mietwohnungen der vier Wohnungsunternehmen Forchheims. Da es sich zum Großteil um öffentlich geförderte Wohnungen handelt, wohnen hier vielfach auch Mieter aus sozial benachteiligten Milieus. Nachdem der Stadtteil in seinen wesentlichen Teilen in den 50er Jahren entstanden ist, und die Wohnungen damals von jungen Familien bezogen wurden, finden wir heute viele Haushalte mit alleinstehenden Personen in hohem Alter. Für diesen Personenkreis sind die vorhandenen Wohnungen wegen fehlender Aufzüge wenig geeignet.

In Forchheim-Nord stellt man jedoch einen Mangel an Identifikationspunkten im öffentlichen Raum, an Treffpunkten für Jung und Alt sowie an Freizeit- und Erholungsmöglichkeiten fest. Einzelhandel und Kleingewerbe sind im Quartier nur spärlich vertreten. Die großen Einkaufsmärkte liegen für ältere Personen ohne Auto ungünstig. Für in ihrer Mobilität eingeschränkte Personen (v.a. ältere Bewohner) können sich deshalb die Versorgungsmöglichkeiten ohne Hilfe je nach Wohnlage durchaus problematisch darstellen. Viele Arbeitsplätze im Gebiet setzen eine höhere Qualifikation voraus, die nur relativ wenige Bewohner haben. Die einzige größere Firma (Waasner) möchte in Zukunft ihren Betriebe verlagern. Dadurch können aber neue Entwicklungsmöglichkeiten für den Stadtteil entstehen.



Realschule an der Pestalozzistraße (Foto intep)

Positiv für den Stadtteil wirken sich die im Norden und Nordosten angesiedelten Schulen aus. So kommen Schüler aus anderen Stadtteilen ins Quartier, die eine kulturelle und gesellschaftliche Belebung bewirken. Für die Kinder und Jugendlichen aus dem Stadtteil sind die unterschiedlichen Bildungseinrichtungen zudem gut erreichbar. Die Kinderspielplätze werden teilweise zweckentfremdet, wodurch es zu Konflikten mit der Nachbarschaft kommt. Insgesamt fehlt es aber an Einrichtungen für Kinder und Jugendliche, in denen diese einer sinnvollen Freizeitbeschäftigung nachgehen können.

Sanierungsbedürftige Gebäudesubstanz



"Ehemaliger Nordbahnhof" Gebäudezustand (Foto Ebe)

Die meisten Gebäude wurden seit der Entstehungszeit in den 50er Jahren nicht modernisiert. Weite Bereiche der Geschoßwohnungen sind deshalb in einem schlechten bis sehr schlechten Zustand und müssen dringend modernisiert werden, sollen sie langfristig vermietet werden. So fehlen in vielen Häusern noch zentrale Heizung und zentrale Warmwasserversorgung und häufig auch Balkone oder andere private Freibereiche. Erfahrungen aus anderen Städten zeigen, daß es hier schnell zu Leerständen oder zu einem weiteren Absinken der Sozialstruktur kommt, wenn nicht nachhaltige Verbesserungen an den Gebäuden vorgenommen werden. Das unmittelbare Wohnumfeld wird nach Aussagen der Bewohner auch durch die unbefriedigende Müllentsorgung belastet.

Große überquellende Müllcontainer in unmittelbarer Hauseingangsnähe wirken wenig einladend für Bewohner und Besucher.



Beispiel für störende Müllentsorgung (Foto intep)

Die Untersuchung des Büros intep beinhaltet genauere Angaben zur Sanierungsbedürftigkeit der Wohnhäuser in Hinblick auf die Energieversorgung.

Brennpunkt Herderstraße

Ein Brennpunkt wegen seiner schwerwiegenden städtebaulichen, baulichen, und sozialen Missstände ist das Gebiet an der Herderstraße. Hier werden die sozialen Probleme im Stadtteil besonders deutlich. Das verwahrloste Quartier strahlt auch auf die Umgebung aus.–Besonders problematisch ist die direkte Nachbarschaft zur Adalbert-Stifter Volksschule.



Wohnumfeld Herderstraße (Foto Ebe)

Nachfolgend werden die im Rahmen der städtebaulichen und architektonischen Bestandsanalyse festgestellten Potenziale und Mängel zusammenfassend dargestellt. Genauere Ausführungen und kartographische Darstellungen können den Berichten zur Bestandsaufnahme entnommen werden.

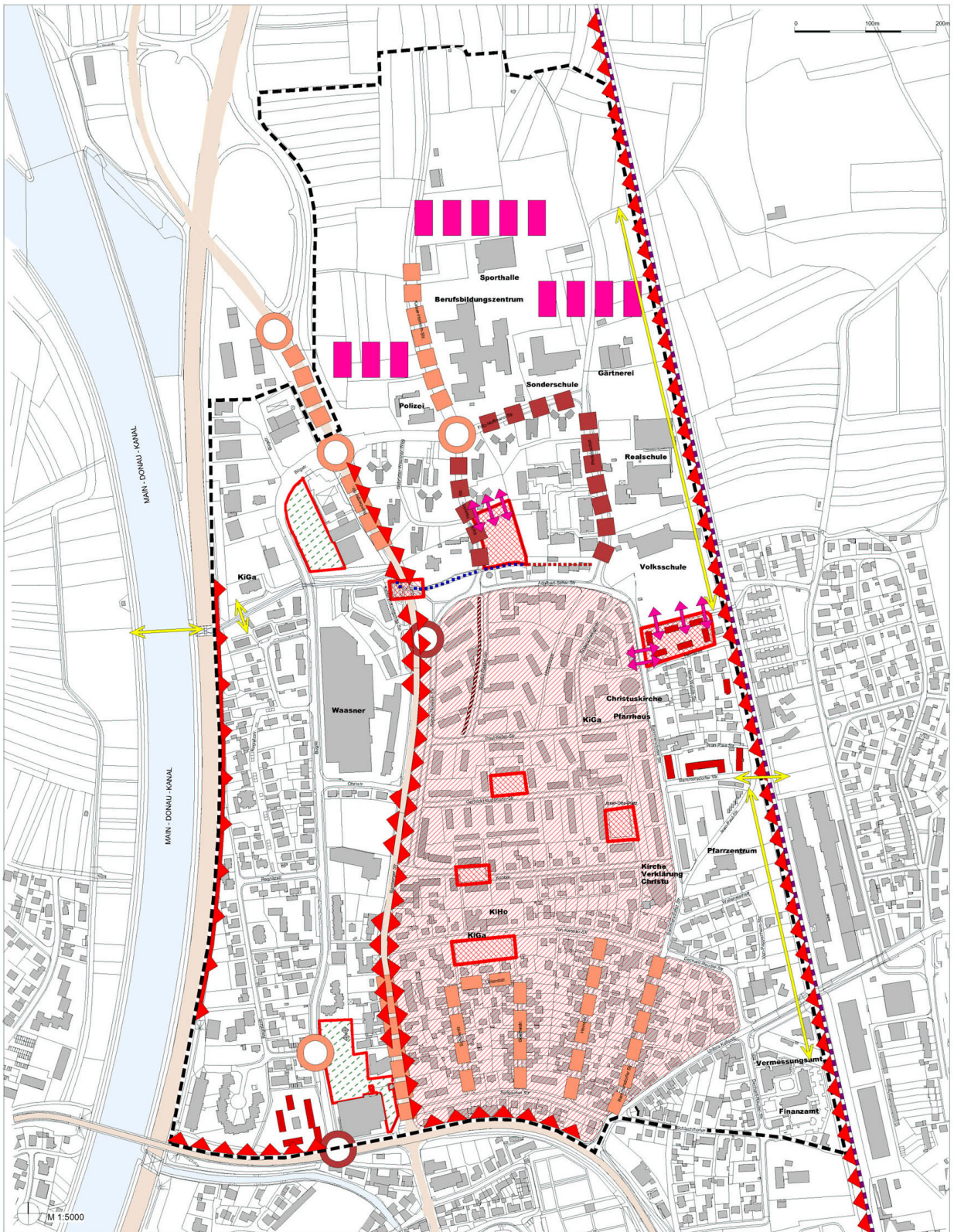
Potenziale/ Ansatzpunkte aus städtebaulicher, baulicher und freiraumplanerischer Sicht

- Gute Verkehrsanbindung durch die unmittelbare Nähe zur Autobahn, der Staatsstraße St 2244 und der B 470 (Adenauerallee)
- Gute Durchwegung für Fußgänger und Radfahrer, aber Ergänzungsbedarf
- Gute Busanbindung
- Sehr gute Versorgung mit unterschiedlichen Schulen
- Ausreichend viele Kindergartenplätze
- Teilweise ansprechender Baubestand
- Großflächige Grünstrukturen und schöner, teilweise alter Baumbestand
- Ökologisch aufgewerteter Graben am Kindergarten westlich der Bügstraße

Die beiden Kirchen, das Hochhaus an der Kaiser-Heinrich-Straße, der Pavillon an der Ecke Adalbert-Stifter-Straße/ Kaiser-Heinrich-Straße als städtebauliche Merkzeichen






Städtebauliche, bauliche, freiraumplanerische und energetische Mängel

- Starke Abgrenzung durch zu wenige Wegeverbindungen zu anderen Stadtteilen jenseits der Verkehrsachsen (Insellage)
- Erhöhte Abgas- und Lärmbelastigung durch viel befahrene tangierende oder querende Verkehrswege
- Sehr hoher Renovierungs- bzw. Sanierungsbedarf im Bestand der ortsansässigen Wohnungsunternehmen
- Mangel an altengerechten Wohnungen
- Sehr schlechte Bausubstanz und vernachlässigte Außenanlagen im Block Herderstraße
- Unübersichtliche und gefährliche Verkehrsführung an Pestalozzistraße, Kaiser-Heinrich-/ F.Hoffmannstraße, Adenauerallee/ Bügstraße
- Mangel an Infrastruktur wie Läden, Gastronomie... die den Stadtteil beleben würden und von älteren Menschen zu Fuss aufgesucht werden können
- Zu wenig übergeordnete Einrichtungen, die Bewohner anderer Stadtteile anziehen können
- Mangelnde Gestaltung der Straßen und Plätze (Nordlicher Bereich der Kaiser-Heinrich-Straße, Pestalozzistraße, südlicher Abschnitt Bambergerstraße, untere Kellerstraße, südlicher Abschnitt Bammersdorferstraße, Heinestraße, Goethestraße, Schillerstraße, Von-Ketteler Straße)
- Mangel an Stellplätzen in manchen Teilbereichen
- Fehlende oder nicht ausreichend prägnante Plätze, Straßen und Orientierungspunkte (Josef-Otto-Platz, Kantstraße)
- Unzureichende oder zu dichte Begrünungen (Spielplätze Von-Ketteler-Str., Spielplatz Kaiser-Heinrich-Straße)
- Mangel an Nutzung der Freiflächen z.B. als Mietergärten
- Nachbarschaftskonflikte im Bereich der Spielplätze
- Mangel an Treffpunkten sowie Sport- und Freizeiteinrichtungen für Jugendliche
- Fehlende Ausbildung eines Stadtrandes
- Fehlende Eingrünung einiger Parkplätze, v.a. bei Edeka und Lidl
- Verunreinigter Sendelgraben
- Sehr hoher gesamter Jahres – Heizwärmebedarf für alle Gebäude. Deshalb hohe Energieeinsparpotentiale



-  Lärmmission Strasse / Bahn
-  Wohnen hinter Lärmschutzwand
-  fehlende Orientierungspunkte
-  Mängel im öffentlichen Raum
-  fehlende Eingrünung
-  Gebäude in Schlechtem Zustand

-  mangelhafter Ortsrand
-  gestalterischer Mangel im Strassenraum
-  unübersichtlicher Straßenzug
-  Gestaltungsmangel im Kreuzungsbereich
-  Gefahrenpunkte an Kreuzungen

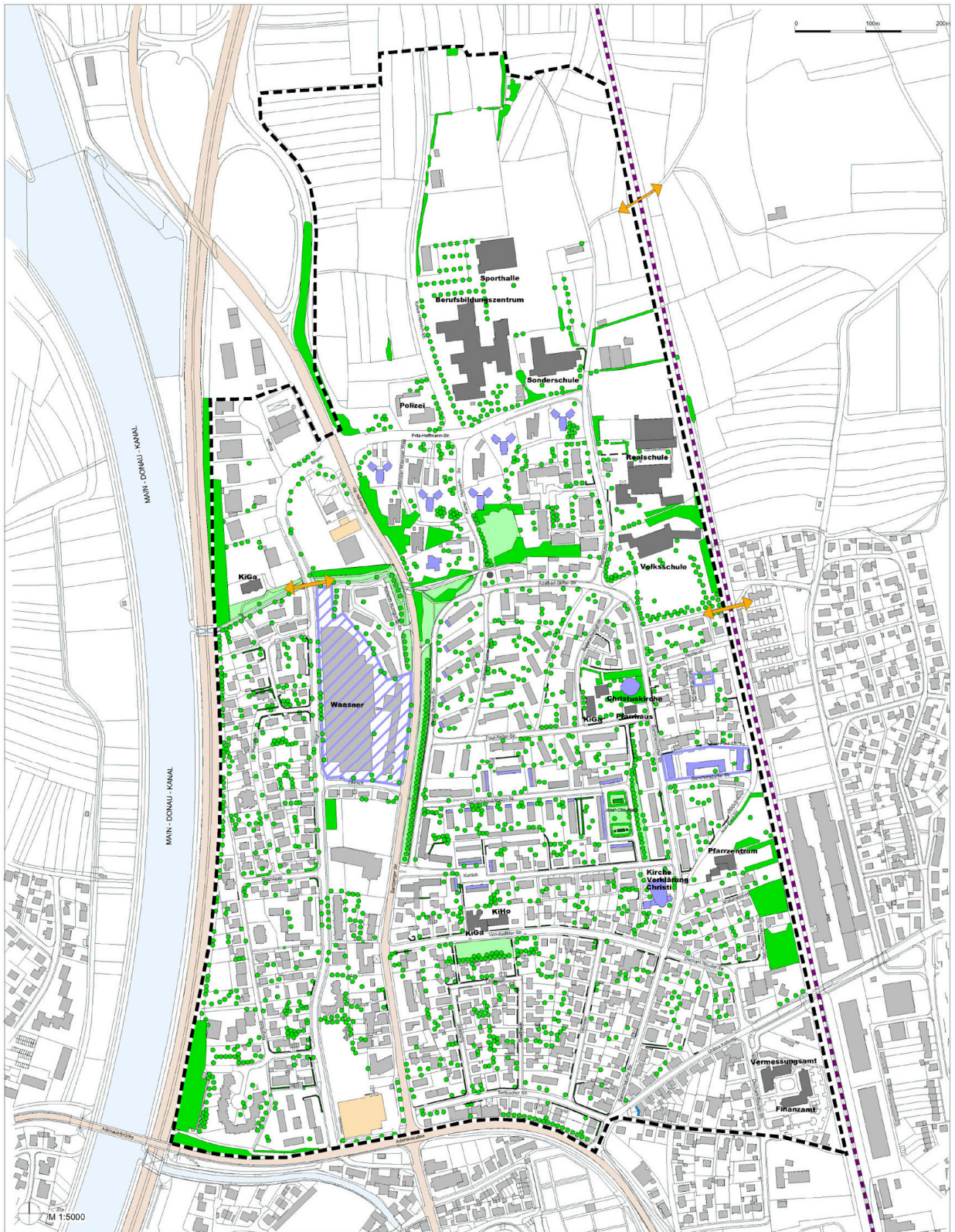
-  fehlende Wegeverbindungen
-  Konflikt mit Nachbarschaft
-  schlecht gestalteter Bachlauf
-  verrohrter Bachlauf
-  fehlende Raumkante

"Soziale-Stadt" Forchheim Nord
Städtebauliche Analyse und Rahmenplanung

Mängel M 1:5000

Bearbeitet I. D.	Plannummer S / F 8	Plandatum 12.12.2003
---------------------	-----------------------	-------------------------

EBE + EBE, Architekten BDA + Stadtplaner, München
 Brenner Landschaftsarchitekten, Landshut



- markantes Geb. / Merkzeichen / Orientierungspunkt
- öffentliche Einrichtung, Bereicherung für den Stadtteil
- Platz- oder Strassenkanten

- prägnante Baumreihen und dominante Einzelbäume
- wertvoller Gehölzbestand
- wertvolle Grünflächen

- Entwicklungsfläche
- positive Quartierstruktur
- vorhandene Wegeverbindungen
- vorhandene grossflächige Geschäfte + Dienstleistungen

"Soziale-Stadt" Forchheim Nord
Städtebauliche Analyse und Rahmenplanung

Werte M 1:5000

Bearbeitet A. H.	Plannummer S / F 7	Plandatum 07.01.2004
---------------------	-----------------------	-------------------------

EBE + EBE, Architekten BDA + Stadtplaner, München
 Brenner Landschaftsarchitekten, Landshut

Resultierend aus den Voruntersuchungen werden folgende Bereiche zusammengefasst, zu denen die im Integrierten Handlungskonzept aufgeführten Maßnahmen empfohlen werden:

Soziale Infrastruktur

- Sanierung / Modernisierung der Adalbert-Stifter-Schule, Verbesserung des Raumangebots für Schülercafé, Mittagstisch / Schülerzentrum...
- Dauerhafte Etablierung eines Stadtteiltreffs (bereits seit September 2003 in Betrieb)
- Einrichtung zusätzlicher Treffmöglichkeiten für die ältere Generation
- Deckung des Bedarfs an Treffpunkten für Kinder und Jugendliche

Wohnen und Gewerbe

- Bau von Einfachstwohnungen für nicht mehr mietfähige Personen außerhalb des Quartiers
- Neuordnung der Gebiets an der Herderstraße / Abbruch und Neubau
- Stärkung des Josef–Otto–Platzes als Quartiersmitte mit einem Café, Läden...
- Umfassende Sanierung / Modernisierung eines Großteiles des Geschosswohnungsbestandes
- Angebot von altengerechten Wohnungen
- Angebot von Wohnungen für allein Erziehende
- Bau eines Hauses der Wohnungswirtschaft für die vier Wohnungsunternehmen
- Neuordnung des Waasnergeländes
- Neuordnung des Gebiets zwischen Adenauer Allee und Serlbacher Straße mit gewerblichen Nutzungen

Grün- und Freiflächen

- Umgestaltung Josef–Otto–Platz zum Quartiersmittelpunkt
- Verbesserung der Orientierung im Quartier durch Gestaltverbesserung der öffentlichen Räume (Kantstraße, Straßenzüge im Süden)
- Aufwertung der Spielplätze
- Angebot von Aktivitätszonen für Kinder, Jugendliche und Erwachsene
- Verbesserung und Aktivierung des unmittelbaren Wohnumfelds
- Verbesserung der Müllbeseitigung am Haus und an den Wertstoffsammelstellen

Verkehr

- Verbesserung der Verbindungen in andere Stadtquartiere
- Entzerrung der Schulbushaltestellen
- Lärmschutz für die Wohnbebauung
- Verbesserung der Parkplatzsituation, vor allem im südlichen Quartier
- Gestalterische Aufwertung von Straßenzügen
- Integration der verbreiterten Bahntrasse und des Haltepunkts sowie Neuordnung der Jean-Paul-Straße

Energetische und raumplanerische Ziele

- Effiziente Nutzung der bestehenden Infrastruktur durch eine hohe Anschlußdichte und sinnvolle Ergänzung
- Verbesserung der Zukunftsfähigkeit der Infrastruktur hinsichtlich einer Option für eine Wasserstoffdurchleitung
- Versorgungssicherheit hinsichtlich der Endlichkeit fossiler Energieträger durch Diversifikation (Energimix)
- Rationelle Energienutzung durch das Ausschöpfen von Energiesparmöglichkeiten und von Potenzialen zur rationellen Energienutzung
- Vermehrte Nutzung von erneuerbaren Energieträgern (Luft, Sonne, Erdwärme)
- Vermeidung von Doppelspurigkeiten vor allem bei leitungsgebundenen Energieträgern (Erdgas und Nahwärme)
- Langfristige Vermietbarkeit durch attraktives Portfolio bei niedrigen Nebenkosten (Betriebskosten); Attraktivität auch für Personenkreis aus anderen Stadtvierteln bzw. Zuzüglern.
- Jahres-Primärenergiebedarf für Heizzwecke und Warmwasserbereitung soll langfristig um 70% gesenkt werden.
- Die CO₂-Emissionen durch den Energieverbrauch sollen auf Basis der Verpflichtung der industrialisierten Länder im Rahmen der Lokalen Agenda 21 um 60% gesenkt werden.

2.2.2 Soziale und ökonomische Problemfelder – Sozialraumanalyse des BASIS-Institutes

Im August 2003 wurde vom BASIS-Institut, aufbauend auf einer für Forchheim-Nord erstellten Sozialraumuntersuchung, ein zusammenfassender Bericht zur Lebenssituation der Bewohner erstellt. Mittels qualitativer und quantitativer Untersuchungsmethoden sollten die Problemlagen im Gebiet möglichst vielfältig beschreibbar und bewertbar gemacht werden. Im Folgenden werden die wichtigsten Ergebnisse dieser Voruntersuchungen, aus denen sich die Maßnahmenempfehlungen des IHK ableiten, nochmals kurz dargestellt. Für eine ausführlichere Nachbetrachtung dient der bereits verfasste Voruntersuchungsbericht des BASIS-Institutes.

Bevölkerungsstruktur und Bevölkerungsentwicklung

Forchheim-Nord ist geprägt von einem verhältnismäßig hohem Anteil ausländischer Bevölkerung und Spätaussiedler mit hohem Integrationsbedarf. Diesbezüglich ergeben sich besondere Anforderungen und Probleme im sozialen Zusammenleben. Insbesondere in Bezug auf die im Stadtteil lebenden Spätaussiedler hat sich eine eigene, im Stadtteilleben desintegrierte Subkultur etabliert. Betrachtet man sich die Bevölkerungszusammensetzung nach Altersklassen, so zeigt sich im untersuchten Stadtteil insb. bei der ausländischen Wohnbevölkerung ein erhöhter Anteil von Kindern und Jugendlichen. Hieraus ergeben sich besondere Anforderungen an die Ausgestaltung der Kinder- und Jugendhilfe vor Ort. Aktuell zeigt sich bei der ausländischen älteren Generation noch ein vergleichbar geringer Bevölkerungsanteil. In den Folgejahren ist allerdings aufgrund der starken Besetzung der mittleren Altersklassen der ausländischen Bevölkerung mit einem starken Anstieg alter bis hochbetagter Ausländer zu rechnen. Daraus ergeben sich völlig neue Anforderungen an die örtlichen Strukturen der Altenhilfe. Im Stadtteil lebt zudem ein hoher Anteil ausländischer Frauen, die nicht in Deutschland aufgewachsen sind. Bezüglich einer dauerhaften Integration in die Gesellschaft müssen hier Defizite bezüglich der Sozialisationsprozesse (z.B. Berufsausbildung, Sprachfertigkeit in Bezug auf die deutsche Sprache) aufgearbeitet werden. Insgesamt ist der Stadtteil aufgrund der bestehenden Bevölkerungszusammensetzung gekennzeichnet durch stark voneinander abgegrenzte bis abgeschottete Milieus in Bezug auf Ethnizität, Nationalität, Bildung, Lebenswelt und Sozialräumlichkeit.

Betrachtet man die **Bevölkerungsentwicklung** im Stadtteil, so zeigt sich eine starke Überalterung durch die demographisch bedingte Zunahme der Alten (geringe Fertilität, negatives Bevölkerungssaldo). In den nächsten Jahren ist nach der Bevölkerungsprognose des BASIS-Institutes mit einer kontinuierlichen Abnahme der Bevöl-

kerung durch die natürliche Bevölkerungsentwicklung zu rechnen. Ohne Zuwanderung würde die Bevölkerung im Stadtteil in den nächsten 50 Jahren um 25,6% abnehmen. Hierbei werden v.a. die Altersklassen der über 75-jährigen stark zu- und die Altersklassen der unter 15-jährigen Bevölkerung stark abnehmen. Zu Erhaltung der Bevölkerung für die nächsten 50 Jahre wäre eine kontinuierliche Zuwanderung von +22 Personen/Jahr notwendig. Dies entspricht einer Zuwanderung von 1100 Personen bis zum Jahre 2053 bei der momentanen Fertilität und Sterberate. Der anstehende Bevölkerungsrückgang und die Überalterung haben verschiedenste Auswirkungen, welche bereits jetzt in die Planungen mit einbezogen werden müssen (ausführlicher hierzu der Voruntersuchungsbericht des BASIS-Institutes, Seite 43 ff, August 2003).

Sozioökonomie/ Sozialleistungen

Der Anteil der Sozialhilfe- und Wohngeldempfänger ist im Stadtteil überdurchschnittlich hoch. Dabei kristallisiert sich v.a. ein "deutsches Sozialhilfemilieu" mit einem nahezu dreimal so hohen Anteilswert wie für die Gesamtstadt. Die hohe Bedürftigkeit an sozialen Unterstützungsleistungen begründet sich v.a. durch die vorherrschende strukturelle Arbeitslosigkeit bei weiten Teilen der Wohnbevölkerung. Besonders auffällig ist auch die hohe Jugendarbeitslosigkeit. Nur knapp 10-20% der Schulabgänger der Adalbert-Stifter-Schule bekommen z.Z. einen Ausbildungsplatz. Bei stark sozioökonomisch benachteiligten Bevölkerungsgruppen, v.a. langzeitarbeitslosen Sozialhilfeempfängern, zeigen sich auffällige Probleme in der individuellen Lebensführung und Alltagsbewältigung (z.B. Alkoholismus). Eine Manifestation dieser Problemlagen zeigt sich insb. bei der Wohnbevölkerung im Bereich der Herderstraße.

Neben den enormen Sozialhilfekosten für den gesamten Stadtteil zeigt sich auch ein erhöhter Betreuungsaufwand durch die Kinder- und Jugendhilfe, v.a. durch die Jugendgerichtshilfe. Insgesamt kann festgehalten werden, dass Forchheim-Nord eine hohe Quote sozialer Lasten verzeichnet, ohne dass nachhaltig Entwicklungschancen verbessert wurden (hoher Anteil "reaktiver" Kosten).

Gerade bei allein Erziehenden ergeben sich vielfach materielle Notlagen dadurch, dass mit vorhandenen Betreuungsmöglichkeiten für die Kinder eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht gegeben ist. Außerdem gibt es immer wieder minderjährige Mütter, die durch die Betreuungssituation keine Berufsausbildung absolvieren und deshalb dauerhaft ohne Berufschancen bleiben.

Bildung und Qualifizierung

Problematisch ist im Stadtteil der hoher Anteil an Personen ohne Bildungsabschluss. Es bestehen z.T. gravierende Qualifikationsdefizite (formale Qualifikationen, Schlüsselqualifikationen, berufsspezifische Qualifikationen) und Sprachdefizite bei größeren Teilen der Bevölkerung (gilt nicht nur für ausländische Wohnbevölkerung!).

In Zeiten stagnierender Arbeitsmarktentwicklung schränken geringe Übertrittsquoten an weiterführende Schulen sowie sehr hohe Abbrecherquoten (17% der Schüler der Adalbert-Stifter-Schule verlassen die Schule ohne Abschluss) zudem die Berufschancen junger Menschen stark ein. Für Forchheim-Nord ist ein milieuabhängiges, sich selbst reproduzierendes niedriges Bildungsniveau ("vererbte Bildungskarrieren") typisch. Die dadurch geringeren Chancen der Vermittelbarkeit in den 1. Arbeitsmarkt enden nicht selten in einer frühen Sozialhilfeabhängigkeit.

Wirtschaft und Beschäftigung

Das Arbeitsplatzangebot in Forchheim-Nord läuft in Bezug auf die vorhandenen Bildungs- und Qualifikationsniveaus auseinander. Es gibt im Stadtteil einen verhältnismäßig hohen Anteil an Einrichtungen im Bereich der Bildung. Den stehen zu wenige Arbeitsplätze im Bereich des produzierenden Gewerbes und der einfachen Dienstleistungen für Personen mit niedrigem Bildungsniveau gegenüber. Darüber hinaus bietet der Stadtteil nur in wenigen Randlagen Möglichkeiten zur Neuansiedlung von Gewerbe. Durch den Weggang der Firma Waasner können jedoch neue Entwicklungschancen durch gewerbliche Neunutzung des Geländes für den Stadtteil entstehen. Ebenso könnte durch gezielte Unterstützungen von Existenzgründungen der Ausbau von Kleinstgewerbe im Stadtteil die infrastrukturellen Schwächen von lokalen Einkaufsmöglichkeiten und gastronomischen Dienstleistungen aufgebessert werden. Für eine langfristige Aufwertung des Gebietes ist es dringend erforderlich, die Konzeptionen und Kooperationen zur Qualifizierung und Wiedereingliederung langzeitarbeitsloser Sozialhilfeempfänger zu optimieren.

Kinder und Jugend

Bezüglich der Tagesbetreuung von Kindern bestehen deutliche Betreuungslücken bei der Versorgung der 0-3-Jährigen. Dies hat u.a. zur Folge, dass die Berufschancen von Frauen, hier v.a. allein erziehende Frauen, durch mangelnde Betreuungsmöglichkeiten eingeschränkt werden. In den Kindergärten zeigt sich ein hoher Ausländer- und Spätaussiedleranteil. Hierdurch ergeben sich hohe personelle und inhaltliche Anforderungen bezüglich der Integrationsarbeit in Kindergärten, die verstärkt Berücksichtigung erfahren sollten. Ein weiteres drängendes Problem sind die schlechten Lebensperspektiven und Entwicklungschancen junger Menschen im

Stadtteil aufgrund prägender Sozialmilieus, Bildungsdefiziten sowie mangelnder Bedarfsdeckung an Ausbildungsplätzen. Hier sollte mehr Gleichgewicht zwischen präventiv fördernden Maßnahmenkonzepten und reaktiver Sozialstaatsmechanismen geschaffen werden.

Insgesamt gibt es im Stadtteil für Kinder und Jugendliche zu wenig adäquate Treff- und Freizeitmöglichkeiten. Vorhandene Frei- und Spielflächen sind oftmals im unzureichenden Zustand, weisen gestalterische Mängel auf oder werden von Fremdnutzern besetzt. Zudem wurde in den Voruntersuchungen deutlich, dass im Stadtteil mit jungen Menschen im öffentlichen Raum Konflikte bestehen. In Bezug auf die Jugendhilfe und Jugendarbeit gibt es im Stadtteil eine Vielzahl von engagierten Institutionen (v.a. Jugendarbeit der katholischen und evangelischen Kirche, Nordstern). Allerdings bestehen hier noch Mängel in der konzeptionellen Vernetzung sowie eine zu starke Verortung der Angebotsstrukturen bei kirchlichen Trägern. Weiterhin zeigen sich Optimierungsbedarfe hinsichtlich der Einbindung städtischer Strukturen und Verwaltungsstrukturen des Landkreises in die örtliche Jugendarbeit/Jugendhilfe.

Öffentliches Leben und Treffmöglichkeiten

Viele Angebote des öffentlichen Lebens werden von den Kirchengemeinden getragen. Insgesamt gibt es zu wenig öffentliche Angebote im Stadtteil, die von nicht kirchlich geprägten Bewohnern genutzt werden. Es besteht zwar ein vielfältiges Sportangebot durch Vereine (insb. VfB), das aber v.a. durch Spätaussiedler und Ausländer noch nicht in ausreichendem Maße angenommen wird. Das große Manko im Stadtteil ist das Fehlen einer zentralen Begegnungsstätte für alle Bürger und Kulturen zur Nutzung für Freizeitaktivitäten und Veranstaltungen. Auch aufgrund mangelnder gastronomischer Einrichtungen wie Gaststätten, Kneipen und Cafés ist eine solche Begegnungsstätte für das Stadtleben von besonderer Bedeutung. Neben bzw. mit einer solchen zentralen Begegnungsstätte sollten auch die mangelnden Angebote für die älteren Menschen, die keinen bzw. wenig Bezug zu den Kirchen haben, im Stadtteil ausgebaut werden. Durch die unzureichende Gestaltung mancher Frei- und Grünflächen gehen wertvolle potenzielle Treff- und Naherholungsmöglichkeiten im Stadtteil verloren.

Infrastrukturelle Versorgungsmöglichkeiten

Es gibt in Forchheim-Nord einen zusätzlichen Bedarf an Allgemein- und Fachärzten, wie dies bereits die Repräsentativbefragung der Älteren Generation im Rahmen der Altenhilfeplanung des Landkreises aufgezeigt hat. Im Bereich der Gastronomie gibt es im Viertel nur drei Gaststätten: eine Wirtschaft mit Biergarten an der Adenauer-

lee, ein griechisches Lokal an der Serlbacher Straße sowie eine Pizzeria an der Bamberger Straße. Cafés oder Eisdielen gibt es keine. Neben diversen Vereinen (Sport, Gesang, Musik, Schützen, Trachten, Tanz) haben sich im Gebiet bereits eine Vielzahl von Sozialen Projekten und Einrichtungen etabliert, die Angebote für Kinder, Jugendliche und Erwachsene zur Verfügung stellen.



Eine der wenigen Gaststätten im Gebiet (Foto Ebe)

Zukunftswerkstatt

Ein zentrales Anliegen der "Sozialen Stadt" ist die (Weiter-)Entwicklung eines selbständigen Stadtlebens, die Wiederherstellung des sozialen Verbunds, die Stärkung aller vorhandenen Potenziale und die Motivierung der Bewohner, in Initiativen, Gruppen und Vereinen mitzuwirken und sich dauerhaft selbst zu organisieren. Dies erfordert, dass über die formale Durchführung von Bürgerbeteiligung hinaus auch aktivierende Verfahren (Gewinnung von Ideen und Anregungen, Übernahme von Aufgaben, Selbsthilfe und -organisation) erforderlich sind³.

Mit der Zukunftswerkstatt im Juli 2003 in Forchheim-Nord wurde der Auftakt zu einer neuen Projektphase im Rahmen des Projektes Soziale Stadt mit intensiver Bürgerbeteiligung gegeben. Mit der Zukunftswerkstatt sollte ein Signal gesetzt werden: Nicht nur ein kleiner Arbeitskreis, zusammengesetzt aus Fachleuten, soll sich um die weitere Entwicklung des Stadtteils kümmern. Vielmehr sind alle Gruppen und vor allem auch die Bürger aufgerufen, sich je nach ihren Möglichkeiten in die Planungsaktivitäten einzubinden⁴.



Eine Arbeitsgruppe sammelt Vorschläge bei der Zukunftswerkstatt (Foto BASIS-Institut)

³ vgl. oberste Baubehörde im Staatsministerium des Inneren, Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt in Bayern – Wege zu Integrierten Handeln, München 2003

⁴ Siehe Dokumentationsbericht zur Zukunftswerkstatt des BASIS-Instituts

Die Ergebnisse der Zukunftswerkstatt sollen im Rahmen von Initiativgruppen verwirklicht werden und die Teilnehmer zur Mitarbeit in solchen motivieren. Anknüpfend an die bearbeiteten Themen in den Arbeitsgruppen während der Zukunftswerkstatt wurde die Dringlichkeit von verschiedenen Themen für die Weiterarbeit im Projekt bewertet. Je nach Interessenslage schlossen sich die TeilnehmerInnen in verschiedenen Initiativgruppen zusammen. Folgende Themen aus den Arbeitsgruppen wurden für die Bildung von Initiativgruppen aufgegriffen:

- Initiativgruppe Stadtteilbüro - Fest
- Initiativgruppe Kinder und Jugend
- Initiativgruppe Wohnen und Wohnumfeld
- Initiativgruppe Bildung und Qualifikation

Zudem gab es zwei Stadtteilbegehungen zu Fragen der Freiflächenentwicklung sowie eine Jugendbefragung an der Adalbert-Stifter-Schule, an der sich alle Schüler von der 4. Klasse aufwärts beteiligten.

Zusammenfassung der Problemlagen

Forchheim-Nord ist ein Stadtteil mit Qualitäten, aber auch mit deutlich hervorzuhelbenden Problemlagen.

Im sozialen und ökonomischen Bereich ergeben sich folgende Hauptprobleme:

- Hoher Anteil integrationsbedürftiger Bevölkerungsschichten (Ausländer, Spätaussiedler, Wohnungslose) und ungelöste Integrationsprobleme
- Niedrige Bildungs- und Qualifikationsniveaus bei weiten Teilen der Bevölkerung
- Hohe Arbeitslosigkeit und Sozialhilfebezug
- Unzureichende Bedarfsdeckung an adäquaten Ausbildungs- und Arbeitsplätzen im Stadtteil
- Hohe Interventionsdichte und Kosten im "reaktiven" sozialen Bereich
- Mangelnde Betreuungsmöglichkeiten für Kindern, v.a. allein erziehender Mütter (Vereinbarkeit von Familie und Beruf)
- Unzureichende Vernetzung von Initiativen und Organisationen im sozialen Bereich sowie mangelnde Einbindung der zuständigen Verwaltungsstrukturen
- Zu wenig Angebote insbesondere für kirchlich ungebundene Stadtteilbewohner
- Zu wenig öffentliche Treff- und Freizeitmöglichkeiten für junge Menschen, Erwachsene und die ältere Generation
- Zu wenig lokale Infrastruktur an Kneipen, Cafés oder Gaststätten zur Gestaltung des öffentlichen Lebens im Stadtteil

2.2.3 Anmerkungen zur bisherigen Projektarbeit

Das erste Projektjahr (Mai 2003 bis Mai 2004) war durch die intensive Beleuchtung der Problemlagen und die Suche nach adäquaten nachhaltigen Problemlösungen geprägt. Bereits am Ende des ersten Projektjahres kann eine Reihe von positiven Effekten durch die Arbeit im Projekt Soziale Stadt Forchheim Nord über differenzierte Problembeschreibungen und Maßnahmenplanungen hinaus festgestellt werden. Einige von diesen Projekterfolgen sollen im folgenden kurz benannt werden, weil sie die Grundlage einer weiteren positiven Projektarbeit bilden:

Aktivierung bürgerschaftlichen Engagements

Durch die Zukunftswerkstatt wurden Bürger und Fachleute an das Projekt Soziale Stadt herangeführt. In Initiativgruppen und der Koordinierungskonferenz sowie diversen Stadtteilbegehungen hat sich das Interesse der Bürger aber auch der Fachleute an der Planung mitzuwirken konkretisiert. Insgesamt haben mehrere Hundert Personen an den verschiedenen Beteiligungsformen mitgewirkt. So ist bereits nach einem Jahr verstärkt bürgerschaftliches Engagement spürbar. Dies drückt sich z.B. in der Mitwirkung an Müllsammelaktionen, der Bereitschaft zu Sachspenden für das Stadtteilbüro oder auch durch das ehrenamtliche durch das Stadtteilbüro initiierte Engagement in der Betreuung von Schülern mit Lernproblemen aus.



Kinder aus Forchheim Nord bei der Müllsammelaktion (Foto: BASIS-Institut)

Koordinierung sozialer Träger

Im Projekt Soziale Stadt ging das bereits vor Projektstart gegründete Sozialgespräch in der Koordinierungskonferenz auf. In diesem Gremium sind nahezu alle Träger und Einrichtungen, die in Forchheim-Nord aktiv sind, eingebunden. Es ist ein intensiver Dialog entstanden, in dem auch bestehende Strukturen trägerübergreifend diskutiert und in Frage gestellt werden können.

Initiierung eines neuen Ganztagschulmodelles "zeitverzögerte Schule"

Auch durch die Initiative der Akteure der Sozialen Stadt wurde ein neues Modell der Ganztagschule im Dialog zwischen Schule, Schulumt, Sozialreferat der Stadt, Projektleitung und Quartiersmanagement entwickelt. Dieses Schulmodell wird bereits ab 04/2004 erprobt.

Antragstellung eines Equal-Projektes (Europäisches Projekt zur Innovation am Arbeitsmarkt)

Das Quartiersmanagement/Projektsteuerung Soziales hat die in der Initiativgruppe Bildung und Qualifikation zusammengeschlossenen Akteure eingeladen, ein Equal-Projekt für die Region Forchheim (und Bamberg) zu beantragen. Viele der beantragten Maßnahmen kommen, wenn das Projekt genehmigt wird, Forchheim Nord zu Gute (Projektvolumen in der Region Forchheim ca. 1,2 Millionen Euro in 2,5 Jahren)

Intensivierte Zusammenarbeit mit den Ämtern des Landkreises

Sowohl innerhalb der Koordinierungskonferenz wie auch in den Initiativgruppen und dem separaten Koordinierungsgremium Stadt/Landkreis/Projektleitung Soziale Stadt kam es zu einer deutlichen Intensivierung der Kooperation mit dem Landkreis. Dies wurde von allen Beteiligten sehr begrüßt.

Entwicklung einer Konzeption für eine Präventions- und Betreuungsstelle für Wohnungsnotfälle

Mit großem Engagement haben Bürger, Fachleute aus Wohlfahrtsverbänden, Kirchen, Wohnungsunternehmen, Ämtern etc. an der Entwicklung einer neuen Konzeption für die Betreuung von Wohnungsnotfällen mitgewirkt. Damit sind vernünftige Grundlagen für eine Neukonzeptionierung der Arbeit mit dieser Klientengruppe gelegt.

Was (noch) nicht erreicht wurde:

Trotz umfangreicher Projekterfolge konnte im ersten Projektjahr nicht alles wünschenswerte aus Ressourcengründen gleichzeitig angegangen bzw. diskutiert werden.

In der weiteren Projektarbeit müssen die Handlungsfelder "Integration von Migranten" sowie "ältere Generation" intensiv bearbeitet werden. Außerdem muss eine umfassendere Mitarbeit der Kirchen erreicht werden.

Dennoch kann die Vernetzungsarbeit des erst Projektjahres zufrieden stellen. Bei vielen Akteuren wurde eine intensive Mitarbeit erreicht. Es ist eine positive Grundstimmung entstanden in der auch problematische Fragen angegangen und diskutiert werden. Dabei waren auch verhältnismäßig viele Stadträte in die Arbeit der diversen Gremien eingebunden.

3. Organisationsstruktur und Entscheidungsprozesse im Projekt Soziale Stadt

Für die Durchführung des Projektes wurden folgende Gremien eingerichtet:

3.1 Projektleitung

Die Projektleitung wurde von der Stadt Forchheim an die GWS übertragen. Die Projektleitung wird bei ihren Aufgaben durch die Projektbegleitung (Soziales) unterstützt. Die Projektleitung trägt die Gesamtverantwortung für das Projekt und legt gegenüber der Regierung und dem Stadtrat Rechenschaft ab.

3.2 Quartiersmanager

Der Quartiersmanager organisiert die Bürgerbeteiligung und fördert bürgerschaftliches Engagement im Stadtteil. Dazu unterstützt und koordiniert er die Initiativgruppen und leitet bzw. verantwortet die Aktivitäten im Stadtteiltreff. Als Ansprechpartner für Bürger, Gruppen usw. stellt er den Informationsfluss für die Projektbeteiligten sicher.

3.3 Projektbegleitung

Durch eine Projektbegleitung (Soziales) wird die Projektleitung laufend unterstützt. Außerdem betreut die Projektbegleitung den Quartiersmanager, moderiert Arbeitskreise, unterstützt die Öffentlichkeitsarbeit des Projektes und treibt die Vernetzung der Sozialen Akteure in Forchheim-Nord voran. Zentral für diesen Aufgabenbereich ist auch die Entwicklung neuer innovativer Konzeptionen und die Initiierung der Umsetzung durch bestehende Akteure.

3.4 Kommission

Der Kommission gehören Mitglieder aus Vereinen, Verbänden, Ämtern, Kirchen sowie der Politik etc. an. Die Kommission berät die Projektleitung, überwacht den Projekterfolg, gibt Impulse für die Umsetzung des Projektes und sichert das Projekt durch entsprechende Unterstützung in Gremien mit ab. Dabei konzentriert sich der Beirat vor allem auf strategische Aufgaben. Selbstverständlich sind die Kommissionsmitglieder aber eingeladen z.B. durch die Mitarbeit im Stadtteilreff bzw. den Initiativgruppen bei operativen Projektaufgaben mitzuwirken.

3.5 Initiativgruppen

Initiativgruppen sind eine wichtige Form, Bürger und Fachleute über einen längeren Zeitraum mit einem Thema zu befassen. Es ist jedoch zu berücksichtigen, dass die Mitarbeit in Initiativgruppen bereits ein hohes Maß an bürgerschaftlichem Engagement voraussetzt. Schon allein wegen ihres Lebenshintergrundes können Aussiedler und Ausländer vielfach mit diesem eher hochschwelligem Ansatz der Organisation von Beteiligung wenig anfangen. Daher bedarf es zusätzlich weiterer niedrighemwertigerer Beteiligungsmöglichkeiten zum Einstieg in die Mitgestaltung des sozialen Lebens im Stadtteil, wie z.B. temporäre Projektgruppen, Angebote wie z.B. Kurse, Sportevents etc.

3.5.1 Arbeitskreise zur Bürgerbeteiligung

Seit Beginn des Projektes haben sich folgende Arbeitskreise konstituiert:

- Initiativgruppen Kinder und Jugend
- Initiativgruppe Bildung und Qualifikation
- Initiativgruppe Wohnen und Wohnumfeld
- Initiativgruppe Fest und Stadtteiltreff
- Initiativgruppe Stadtteilzeitung ab März 2004

Die Liste der Arbeitskreise ist aber nicht abschließend. Im Gegenteil können Arbeitskreise auch dazu dienen, die Umsetzung einzelner Maßnahmen produktiv zu begleiten oder weitere Themengebiete zu beleuchten.

3.6 Stadtteilkonferenz

In einer Stadtteilkonferenz werden Bürgern die Planungsergebnisse und Planungsfragen vorgestellt und intensiv diskutiert. Bürger haben Gelegenheit sich über den Planungsstand zu informieren und Anregungen für den weiteren Planungsverlauf zu geben. Die Stadtteilkonferenz wird nach Bedarf einberufen.

3.7 Koordinierungskonferenz (Sozialgespräch)

In der Koordinierungskonferenz sind alle Einrichtungen und Träger insbesondere aus dem Bereich der Sozialen Arbeit, der Kirchen und der Schulen zusammengeschlossen, die Aktivitäten im Stadtteil entfalten. Diese Koordinierungskonferenz greift Themen auf, die noch nicht in Initiativgruppen oder sonstigen Projektaktivitäten verortet sind. Außerdem werden dort Terminabsprachen und Abgrenzungen von Aufgabenstellung der Akteure getätigt. Die Koordinierungskonferenz soll ca. alle zwei Monate tagen.

3.8 Weitere externe Unterstützung

3.8.1 Laufende Beratung im Bereich Energie/ Bauen durch Architektur-/Stadtplanungsbüro

Feinplanungen für städtebauliche oder bauliche Maßnahmen und die Begleitung zu deren Umsetzung bzw. die Beurteilung der Übereinstimmung von Projekten mit den Zielen des Programms „Soziale Stadt“ können von einem externen Städteplanungsbüro unterstützt werden.

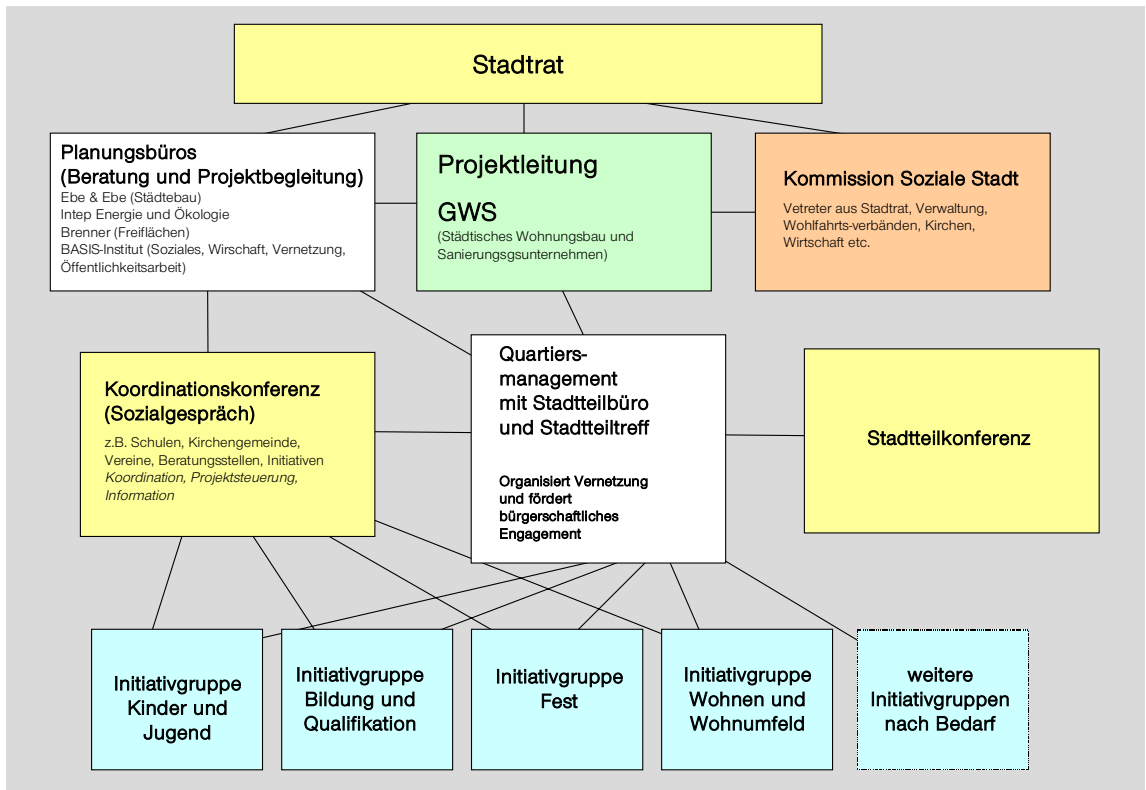
3.8.2 Projektbegleitung und Beratung durch ein Institut

Das Projekt Soziale Stadt kann dadurch unterstützt werden, dass bestimmte Funktionen durch ein Institut übernommen bzw. begleitet werden. Beispiele für derartige Unterstützungsbereiche sind:

- Empirische Erhebungen z.B. bei der Projektdokumentation bzw. dem Monitoring
- Unterstützung bei Berichterstattungs- und Präsentationsaufgaben

3.9 Projektgremien und Projektorganisation in der Übersicht

Gremium	Funktion	Frequenz
Projektleitung	Steuerung Gesamtprojekt	laufend
Quartiersmanager	Koordinierung, Vernetzung, Bürgerbeteiligung, Animation, Leiter Treff, Unterstützung (technisch u. inhaltlich) für Arbeitskreise etc., Ansprechpartner für alle Beteiligten (v.a. operative Arbeiten)	laufend
Projektbegleitung (Soziales)	Unterstützung der Projektleitung, Unterstützung des Quartiersmanagers, Moderation von Initiativgruppen, Vernetzung der Akteure, Erstellen von innovativen Konzeptionen (v.a. strategische Arbeiten)	laufend
Projektbegleitung (Städtebau, Freiraum, Energie)	Unterstützung der Projektleitung und der Stadtplanung; Erstellung von Konzepten, Stellungnahmen zu Einzelvorhaben	laufend
Kommission	behandelt strategische Fragen, entwickelt Visionen und Ziele (Indikatoren), hält dem Projekt den Rücken frei, überprüft den Projekterfolg	2-3 x jährlich
Initiativgruppen	Ideen sammeln, ausarbeiten umsetzen oder anregen (anbieten)	alle 4-6 Wochen
Koordinierungskonferenz	Aufgreifen von Problemlagen, die im Projekt noch nicht verortet sind; Abgrenzung von Aufgabenfeldern, Initiierung von Kooperation, Terminabsprachen	1-3 x im Jahr
Angebot	Angebote sind keine Beteiligungsform sondern angeleitete Aktivitäten (wie z.B. Kaffeenachmittag, Bastelangebot etc.)	nach Bedarf
Projekt	Projekte sind "temporäre" Arbeitskreise, die sich nur für ein bestimmtes Ziel bilden und danach wieder auflösen (Bsp. Vorbereitungsgruppe Müllsammelaktion)	nach Bedarf
Stadtteilkonferenz	Die Planungsergebnisse und Planungsfragen werden den Bürgern vorgestellt und mit diesen intensiv diskutiert	nach Bedarf



Mit einer ganzen Reihe von städtischen Ämtern (insbesondere Bauamt und Stadtplanungsamt) findet ein intensiver laufender Austausch zu Planungsvorhaben und Projektfortschritt statt.

Neben den genannten Gremien wird es in Zukunft einen Austausch zwischen den städtischen Ämtern, der an den Arbeitskreis Sanierung geknüpft ist, geben. Außerdem wurde ein gemeinsamer Arbeitskreis Städtischer Ämter und der Landkreisbehörden gegründet, der nach Bedarf einberufen wird.

4. Zielbereiche Integriertes Handlungskonzept

4.1 Entwicklung der Zielbereiche

Grundlage für die Entwicklung der Zielbereiche des Integrierten Handlungskonzeptes (IHK) sind die Ergebnisse der Voruntersuchungen der Planungsbüros, in denen die städtebaulichen, baulichen, freiraumplanerischen, sozialen, ökonomischen, ökologischen und kulturellen Problemfelder erfasst und analysiert wurden. Die Entwicklung der Zielbereiche und Maßnahmenvorschläge für das IHK war mit Aktivierungs-, Beteiligungs- und Abstimmungsprozessen sowie öffentlichen Diskussionsrunden mit Bewohnern im Stadtteil verbunden. Die Zukunftswerkstatt und der Stadtteilspaziergang mit Bürgern und Experten aus dem Stadtteil gab nicht nur einen Einblick in die subjektiven Problem- und Bedürfnislagen vor Ort, sondern ermöglichte den Anwohnern sich aktivierend am Planungsprozess zu beteiligen und darüber hinaus, sich in Initiativgruppen in der weiteren Projektarbeit zu engagieren. Das Hauptarbeitsfeld zur Generierung und Präzisierung der Zielbereiche, Maßnahmenvorschläge, Förderungs- und Finanzierungsmöglichkeiten waren die aus der Zukunftswerkstatt heraus gegründeten Initiativgruppen, in denen Bürger und Experten zusammen an der Erstellung des IHK mitgewirkt haben. Weiterhin wurden die Anwohner des Stadtteils durch öffentliche Veranstaltungen informiert und konnten am Diskussionsprozess aktiv teilhaben. Durch die umfassende Einbindung der Koordinationskonferenz (Sozialgespräch) in die Projektsteuerung, wurden von Beginn an alle wichtigen Institutionen und Organisationen des Stadtteils in den Entwicklungsprozess eingebunden. Für eine wirkungsvolle und effiziente Steuerung der Stadtteilentwicklung durch das IHK ist die Einbindung und Vernetzung der zuständigen Fachressorts von Stadt und Landkreis von besonderer Bedeutung. Neben der Mitarbeit von Fachkräften der Ämter in den Initiativgruppen und der Koordinationskonferenz, fanden intensive Abstimmungsgespäche unter Beteiligung aller Ressorts sowie des Oberbürgermeisters und Landrates vor Ort mit der Projektleitung statt. Die Mitglieder des Stadtrates hatten während der Entwicklung der Maßnahmen in der Projektarbeit die Möglichkeit, in den Initiativgruppen mitzuwirken und sich umfassend zu informieren. Weiterhin wurden die Gremien des Stadtrates in verschiedenen Ausschusssitzungen über den Projektstand informiert. Zudem wurden die Fraktionen des Stadtrates durch die Projektleitung/Projektbegleitung in den Informationsfluss eingebunden. Die zuständige Stelle der Regierung von Oberfranken wurde zu verschiedenen Sitzungen eingeladen und parallel über die Entwicklungen informiert.

Mit den folgenden Zielen/Zielbereichen des IHK wird der Handlungsrahmen des weiteren Projektverlaufes abgesteckt. Durch die Verfolgung dieser Ziele soll eine nachhaltige Entwicklung des Stadtteils ermöglicht werden.

Als Zielbereiche wurden benannt:

- Verbesserung der Sozialen Infrastruktur
- Verbesserungen im Bereich Wohnen / Wohnumfeld
- Verbesserung der Frei- und Grünflächensituation im öffentlichen und halb-öffentlichen Raum
- Verbesserung Bereich Wege / Verkehr
- Verbesserung der energetischen Situation
- Verbesserung Bereich Soziales Zusammenleben und Integration
- Verbesserung Bildung/Qualifikation/Beschäftigung
- Verbesserung Bereich Kinder und Jugend
- Verbesserung Bereich Freizeit und Treffmöglichkeiten
- Verbesserung der Lebenssituation für die älterer Generation
- Verbesserung der Vernetzung bestehende Initiativen und Strukturen

4.2 Integrierter Maßnahmenplan: Probleme, Ziele, Maßnahmen

Den definierten Zielbereichen wurden Stück für Stück Maßnahmenvorschläge zugeordnet, die jeweils auf die fachliche Eignung und die Umsetzbarkeit, incl. einem effizienten Ressourceneinsatz, geprüft wurden. Bei allen Maßnahmen wurde zudem bedacht, ob diese bürgerschaftliches Engagement fördern und ob an bestehende (Kooperations-) Strukturen angeknüpft werden kann. Zudem wurden die Maßnahmen hinsichtlich ihrer Priorität bewertet. Diese Maßnahmen werden im Folgenden besonders gekennzeichnet sein. Dass bei der Darstellung der Maßnahmen- und Kostenübersicht manche Maßnahmen in verschiedenen Zielbereichen mehrfach zugeordnet wurden, ist keine Strukturierungsschwäche, sondern gerade Ausdruck des integrativen Charakters des IHK. Zudem wurde darauf geachtet, gebietsbezogene Maßnahmen und Verfahrensweisen programmatisch mit der Entwicklungspolitik der Stadt und des Landkreises zu verknüpfen und deren Wirkungszusammenhänge nicht aus dem Blick zu verlieren.

4.2.1 Zielbereich: Soziale Infrastruktur

Beschreibung des Zielbereiches

In einigen Bereichen fehlt es im Stadtteil an wichtiger sozialer Infrastruktur. Dies gilt für Einrichtungen zur Betreuung von Kindern und Jugendlichen am Nachmittag sowie zur Förderung von Kindern und Erwachsenen in benachteiligten Lebenslagen. Den Jugendlichen stehen im Stadtteil kaum geeignete Treffmöglichkeiten zur Verfügung. Daher nutzen sie u.a. die öffentlichen Spielplätze für kleinere Kinder, was eine Verdrängung dieser sowie Konflikte mit den Anwohnern (Lärmbelästigung, Verschmutzung) zur Folge hat. Für Erwachsene sowie für die ältere Generation fehlen eine zentrale Treffmöglichkeiten für Freizeitaktivitäten und kulturellen Veranstaltungen. Aufgrund der bereits starken Verortung der Angebotsstrukturen auf die Kirchengemeinden, wäre hier eine konfessionsunabhängige Einrichtung sinnvoll. Mit dem Zielbereich "Verbesserung der Sozialen Infrastruktur" sollen v.a. durch (städte-)bauliche Maßnahmen die Infrastrukturen im Sozialen Bereich ausgeweitet werden. Hierbei soll neben der Schaffung eines Stadtteiltreffs v.a. die Adalbert-Stifter-Schule durch Umbau- und Sanierungsmaßnahmen im Rahmen des Schulversuchs für die Stadtteilbewohner umfassend nutzbar gemacht werden.

Maßnahmen

Einrichtungen der Adalbert-Stifter Schule:

An der Adalbert-Stifter Schule sind größere bauliche und energiebedingte Modernisierungsmaßnahmen notwendig. In Zukunft werden vermehrt Betreuungsangebote für Kinder und Jugendliche des Stadtviertels notwendig sein, da viele Kinder in ihren Elternhäusern nicht ausreichend gefördert werden und es sonst bislang keine Einrichtungen im Stadtteil gibt (vgl. Voruntersuchungsbericht BASIS-Institut). Für Kinder aus sozial benachteiligten Familien gibt es ohne Hilfe von außen vielfach kaum eine Chance, aus dem Milieu der Sozialhilfeempfänger herauszukommen. Die Schule plant deshalb Änderungen des Schulbetriebs mit einer umfangreicheren Betreuung der Schüler bis in den Nachmittag hinein. Die Schule sieht sich also in Zukunft mit verschiedenen zusätzlichen Aufgaben wie Mittagstisch und Nachmittagsbetreuung betraut, die einen erweiterten Platzbedarf mit sich bringen. Die Aula kann durch verschiedene Um- und Einbauten nicht mehr sinnvoll als solche genutzt werden und ist zu klein, da bei Schulfesten und klassenübergreifenden Projekten nicht alle Schüler dort Platz finden. Neben einem multifunktionalen Raum und einem Schülerzentrum werden also zusätzliche Räume für ein Schülercafé sowie eine Mensa, in der die Schüler zu Mittag essen können, benötigt. Diese Einrichtungen können zum Teil

dann auch am späten Nachmittag geöffnet sein und den Bewohnern am Abend zur Verfügung stehen. Das Areal der Volksschule bietet für solche Erweiterungen im Süden Ecke Bammersdorfer Straße / Herderstraße ausreichend Platz. Die Freiflächen der Schule sollte darüber hinaus zur sinnvollen Freizeitgestaltung umgebaut werden und dem ganzen Stadtteil offen stehen.



Adalbert-Stifter-Schule (Foto intep)

Stadtteiltreff:

Von vielen Bewohnern wurde immer wieder der Wunsch nach einem Treffpunkt geäußert. Viele Bewohner mit einem anderem als christlichen Lebenshintergrund brauchen einen neutralen Ort als Anlaufpunkt im Quartier. Gruppen mit gleichen Interessen können sich hier treffen, hier können auch Arbeitsangebote gemacht oder Deutschunterricht für ausländische Bürger oder die Benutzung des Internet angeboten werden. Eine räumliche Nähe zum Altentreff wäre wünschenswert. Als Standort kommt langfristig der Josef-Otto-Platz oder der Bereich an der Adalbert -Stifter-Schule in Verbindung mit dem Schülercafé in Betracht. Momentan ist der Stadtteiltreff in der Gerhart-Hauptmann-Straße untergebracht. Dort kann er aber wegen der sanierungsbedürftigen Bausubstanz des Gebäudes auf Dauer nicht bleiben.



Jung und Alt beim Kaffeemittag im Stadtteiltreff (Foto: BASIS-Institut)

Treff für Jugendliche / Halfpipe / Basketball:

Trotz der locker bebauten Siedlungsstruktur Forchheim - Nord gibt es für Jugendliche kaum Treffmöglichkeiten. Lediglich die Kirchen stellen Räumlichkeiten bereit. Diese werden aber von einigen Gruppen im Stadtteil wenig angenommen. Deshalb müssen weitere Treffpunkte sowohl im Freien als auch in geschlossenen Räumen geschaffen werden. Auch der Jugendtreff Nordstern muss durch die geplante Umstrukturierung in der Herderstraße an einem anderen Ort untergebracht werden. Zur kalten Jahreszeit oder für bestimmte Aktivitäten (Musik machen oder hören, Kartenspiel, Kickern...) sollte auch ein Treffpunkt innerhalb der bebauten Bereiche zur Verfügung stehen. Hier muss geklärt werden, ob die Wohnungsunternehmen leerstehende Räume anbieten können oder ob z.B. auf dem Grundstück der Adalbert-Stifter Schule auch solche Räume im künftigen Schülercafé angeboten werden können. Auch eine Containerlösung mit selbst gestaltbaren Räumen könnte hier helfen, dem ungedeckten Bedarf entgegenzuwirken.

Um sportliche Aktivitäten zu ermöglichen ohne die Nachbarschaft zu stören, sollte für Jugendliche ein Basketballfeld, eine Skaterbahn und eine Halfpipe auf den Freiflächen am nördlichen Stadtrand geschaffen werden.

Altentreff:

Weil viele ältere Menschen einsam sind, wurde immer wieder der Wunsch nach einem Treffpunkt für die ältere Generation geäußert. Ein Altentreff kann sowohl als isolierte Einrichtung am Josef–Otto–Platz als auch als integrierte Einrichtung in einem Gebäude mit Altenwohnungen im Bereich der jetzigen Sparkasse entstehen. Möglich wäre auch das Grundstück an der Herderstraße, wenn dort die momentane Bebauung abgerissen, die Bewohner an anderer Stelle untergebracht werden und das Grundstück neu geordnet wird. Solch ein Altentreff sollte aus einem etwas größeren gemütlichen Aufenthaltsraum, der zum Verweilen einlädt und den notwendigen Nebenräumen bestehen. Kaffeetrinken, Spiele oder auch die Möglichkeit der Internetbenutzung können dort stattfinden. Es sollte aber auch eine kleine Küche angegliedert sein, die evtl. eine Mittagstischversorgung gewährleistet. Aus ressourcetechnischen Gründen wäre eine räumliche Nähe zum Stadtteiltreff wünschenswert.

4.2.2 Zielbereich: Wohnen, Wohnumfeld und Gewerbe

Beschreibung des Zielbereiches

Der Wohnbestand der ortsansässigen Wohnungsunternehmen ist vielfach in schlechtem Zustand und entspricht nicht mehr zeitgemäßen Wohnungsstandards. Die Voruntersuchungen haben weiterhin deutlich gemacht, dass es bezüglich der voranschreitenden Überalterung im Stadtteil zu wenig altengerechte bzw. barrierefrei erschlossene Wohnungen gibt. Das Wohnumfeld ist häufig phantasielos und für die Bewohner wenig nutzbar gestaltet.

Vor allem die Wohnsituation an der Herderstraße ist für die Bewohner selbst als auch für die Nachbarn unzumutbar. Die hier vorhandene Bausubstanz ist nicht mehr sanierungsfähig, zudem strahlen die gravierenden sozialen Missstände stark auf die Umgebung aus. Das Image des Stadtteils wird dadurch negativ beeinträchtigt. Es fehlt ein Stadtteilzentrum und es fehlen kleinere Geschäftseinheiten, die eine wohnungsnaher Versorgung ermöglichen. Kleinere Gewerbeeinheiten und Dienstleistungsbetriebe wie z.B. eine Eisdiele oder ein Café könnten am Josef-Otto-Platz entstehen und auch neue Beschäftigungsmöglichkeiten schaffen. Für kleinere Gewerbeeinheiten stehen Flächen nördlich der Adenauer-Allee zur Verfügung, aber auch das Gelände der Firma Waasner bietet hierfür neue Entwicklungsmöglichkeiten.

Maßnahmen

Herderstraße

Die höchste Priorität sollte neben der Erweiterung der Adalbert-Stifter-Schule der Neuordnung der Herderstraße eingeräumt werden, da der schlechte Ruf dieses Blocks nachhaltig für das Negativimage des Stadtviertels verantwortlich ist. Die Bau-Substanz ist hier inzwischen in so schlechtem Zustand, dass eine Sanierung nicht mehr in Frage kommt. Zudem ist die offene Gebäudestellung städtebaulich ungünstig, da die derzeit hier herrschenden sozialen Missstände zu sehr in die nähere Umgebung ausstrahlen. Um eine Aufwertung der gesamten Situation zu erreichen, die Nachbarschaft zur Adalbert-Stifter Schule und zu anderen Wohnbauten nicht zu stören und einen ungestörten Zugang zur Unterführung mit zukünftigem Haltepunkt der S – Bahn zu ermöglichen, scheint die Umsiedlung der nicht mehr mietfähigen Bewohner auf ein Grundstück außerhalb besiedelter Flächen und die Unterbringung der mietfähigen Bewohner (Sozial Schwache, Kranke...) im vorhandenen Wohnungsbestand der Wohnungsunternehmen und ein vollständiger Abriss der 6 Einzelhäuser mit anschließender Neubebauung mit anderer Nutzung die sinnvollste Lösung. Eine abrupte Aufwertung des Blocks an der Herderstraße und vielleicht sogar des gesamten Stadtteils könnte durch die Errichtung des Hauses der Wohnungswirtschaft (Zusammenschluss aller vier Wohnungsbauunternehmen) an dieser Stelle entlang der Bammersdorfer Straße erfolgen. In der östlichen Grundstückshälfte könnte weitere Wohnbebauung, z.B. altengerechte Wohnungen in unmittelbarer S – Bahnnähe entstehen.

Einfachstwohnungen für nicht mehr mietfähige Bewohner der Herderstraße

Da die nicht mehr mietfähigen Bewohner (untherapierbare Alkoholiker...) der Herderstraße eine nicht hinnehmbare Belastung für die Nachbarschaft, insbesondere aber für die Adalbert–Stifter Schule bedeuten, wurden Grundstücke in nicht besiedelten Gebieten begutachtet, das auch Platz für die Besucher mit Wohnwägen bietet. Die ca. 15 – 20 Bewohner (alles Ein- und Zweipersonenhaushalte) sollten in separaten Einfachstwohnungen untergebracht werden. Eine Sozialbetreuung ist aber unerlässlich.

Weiterer Wohnungsbestand

Den Wohnungsunternehmen stehen nur begrenzte Mittel zur Verfügung, weshalb die Sanierungsmaßnahmen abschnittsweise voranschreiten müssen. Außerdem muss darüber nachgedacht werden, bei welchen Bauten eine Sanierung unwirtschaftlich ist und deshalb einem Abbruch und Neubau der Vorzug gegeben werden muss. Bei vielen nur zweigeschossigen Bauten könnte das der Fall sein. Hier ist es sinnvoll, zunächst nur den notwendigen Bauunterhalt durchzuführen und damit preisgünstigen Wohnraum für zahlungsschwache Mieter bereitzustellen. Auf lange Sicht können diese Bauten dann durch Neubauten ersetzt werden. Zur Debatte stehen hier die Bauten der GWS an der Bögstraße, an der Ostseite der Hölderlinstraße und an der Westseite der Bammersdorfer Straße gegenüber der Herderstraße.

Umfassende Renovierungsmaßnahmen

Ein großer Teil des Wohnungsbestandes ist in baulich schlechtem Zustand. Mieter klagen über schlechten Wohnungsstandard und vernachlässigte Instandhaltung. Neben einigen Gebäuden, bei denen lediglich der übliche Bauunterhalt durchzuführen ist, gibt es im Quartier sehr viele Wohnbauten aus den 50er Jahren, die außen wie innen einer umfassenden Renovierung bedürfen. Will man in Zukunft diese Wohnungen vermietbar halten, eine sozial durchmischte Bewohnerschaft im Stadtviertel erreichen und deshalb auch neue Bewohner ins Viertel locken, müssen Wohnungen vorhanden sein, die heutigem Standard entsprechen und einladend wirken. Der Großteil der sanierungsbedürftigen Bauten befindet sich im Kerngebiet zwischen Bamberger-, Kant-, Adalbert-Stifter Straße und Bammersdorfer Straße sowie an der Kaiserin-Kunigunda Straße. Dringend muss auch das Ensemble des sogenannten "alten Nordbahnhofs" aus den 20er Jahren saniert und das direkte Wohnumfeld ansprechender gestaltet werden.



"Ehemaliger Nordbahnhof" (Foto Ebe)

In den meisten Fällen sind die Erneuerung der Fassaden und der Fenster, der Elektro- und Sanitärinstallationen, der Bäder und Küchen unter Berücksichtigung energetischer und CO₂ mindernder Maßnahmen notwendig. Beim Einbau einer zentralen Wärme- und Warmwasserversorgung sind die energetischen Aspekte in Hinblick auf den geringst möglichen Primärenergieverbrauch und CO₂ – Freisetzung zu berücksichtigen. Hier können evtl. öffentliche Mittel nach bestimmten Fördersystemen eingesetzt werden (vgl. energetische Maßnahmen Bericht Intep). Zur Verbesserung des Wohnungsbestandes gehört auch die Sanierung der Außenanlagen: Müllplätze, Hauszugangsbereiche, Briefkastenanlagen, Wäschetrockenvorrichtungen, Einfriedungen und Kinderspielplätze sind deshalb zu sanieren und einladend zu gestalten. Ziel ist es, bessere "Adressen" zu schaffen, um eine nachhaltige Aufwertung des Quartiers zu erreichen und damit das Image des Stadtviertels aufzuwerten. Häufig fehlen Freibereiche wie Balkone, Loggien, Terrassen. Um die Freiflächen zwischen den Häusern intensiver zu nutzen sollten an geeigneten Stellen den Erdgeschoßwohnungen Mietergärten vorgelagert werden.



Unschöne Müllbeseitigung und schadhafte Fassade (Foto Ebe)

Dadurch kann der privat genutzte Garten als wesentlicher Vorteil des Eigenheims in den Geschosswohnungsbau übertragen werden. Solche Maßnahmen in anderen Städten zeigen, dass die Wohnungsfluktuation durch die Zufriedenheit der Mieter geringer wird und die Wohnungsunternehmen geringeren Pflegeaufwand haben. Diese Mietergärten müssen allerdings sorgfältig geplant werden: Höhenunterschiede, Gartenbreite und Tiefe, Einfriedung etc. spielen eine entscheidende Rolle bei der Akzeptanz.



Beispiel für erdgeschossig vorgelagerten Mietergarten (Foto Ebe)

Der Sanierungsfortschritt und –Standard muss sehr genau auf die vorhandene Mieterstruktur abgestimmt werden. Rücksichtslose Baumaßnahmen mit daraus resultierenden erhöhten Mieten dürfen nicht zu Verärgerungen der Mieter oder zu Vertreibungen führen. Auch eine zu erwartende Energiekosteneinsparung muss in die Be- oder Entlastung für Mieter oder Eigentümer einbezogen werden.

Wohnungen für alte Menschen

Das alte Sparkassengebäude an der Gerhart-Hauptmann-Straße steht voraussichtlich zur Disposition. Hier könnten in zentraler Lage neue barrierefrei erschlossene Altenwohnungen entstehen. Auch mit der Zusatzausstattung einer Rufleitung und entsprechenden Hilfsdiensten wäre eine Projekt "Betreutes Wohnen" denkbar. Generell ist in Zukunft die Bereitstellung von Wohnraum für ältere Menschen im Stadtteil unverzichtbar.

Wohnungen für allein Erziehende

Bei Modernisierungs- oder Neubaumaßnahmen sollten in Zukunft vermehrt geeignete Wohnungen für allein Erziehende geschaffen werden. Wohnungsunternehmen können aber auch Wohnungen in einer Anlage an allein Erziehende vergeben, so dass diese gegenseitige Hilfe ohne zusätzliche bauliche Maßnahmen oder Inanspruchnahme von öffentlicher Infrastruktur möglich ist.. Die gegenseitige Hilfeleistung durch räumliche Nähe ermöglicht es den allein Erziehenden eventuell, einer Berufstätigkeit nachzugehen.

Umbau und Nutzungsergänzungen des Wohnungsbestandes:

Da es im Stadtteil keine städtebauliche Mitte für die Bewohnerschaft gibt, sollte sich in Zukunft der Josef-Otto-Platz als einzig verbleibender platzartiger Straßenraum mit Aufenthaltsqualität zu einem kleinen Stadtteilzentrum entwickeln. Für Jung und Alt sollte hier ein Treff- und Identifikationspunkt entstehen um die Attraktivität des Stadtviertels zu steigern und den Zusammenhalt unter den Bewohnern zu fördern.



Geschäfte am Josef-Otto-Platz (Foto Ebe)

Ergänzend zu den Umgestaltungsmaßnahmen im öffentlichen Raum sollten die umgebenden Bauten rund um den Josef-Otto-Platz (GeWOG) bei Freiwerden einzelner Einheiten oder bei anstehenden Modernisierungs- oder Umbaumaßnahmen in gewerbliche Einheiten oder in Räumlichkeiten für soziale oder kulturelle Infrastruktureinrichtungen umgewandelt werden. Kleine Ladeneinheiten in Wohnungsnähe, Dienstleistungen und vielleicht sogar ein Café oder eine Eisdiele wären von großer Bedeutung gerade für die vielen älteren Menschen, die sich fußläufig nicht mehr allzu weit von ihren Wohnungen entfernen können. Auch für den Altentreff / Stadtteiltreff wäre hier der ideale Standort.

Haus der Wohnungswirtschaft

Die vier ansässigen Wohnungsunternehmen (GWS, GEWOG, WVG, Joseph Stiftung) beabsichtigen langfristig ein gemeinsames Verwaltungsgebäude zu errichten um einzelne Dienste zu teilen und wirtschaftlich arbeiten zu können. In zentraler Lage wäre das Haus der Wohnungswirtschaft eine Bereicherung für den Stadtteil. Für diese Einrichtung käme das frei werdende Grundstück an der Herderstraße in Betracht. Dieses Grundstück ist bereits im Eigentum eines der Wohnungsunternehmen; die Baumaßnahme könnte daher kostengünstig realisiert werden. Auch kann das

Grundstück an der Herderstraße damit schlagartig aufgewertet werden. Das Gebäude sollte neben der rein funktionalen Aufgabe auch ein Symbol für die fortschrittliche Art des Zusammenschlusses der Unternehmen darstellen und nach neuesten energetischen Gesichtspunkten gebaut worden sein.

Waasner Gelände:

Es zeichnet sich ab, dass die Firma Waasner nach und nach ihren bisherigen Standort zwischen Bamberger- und Bögstraße verlassen wird, damit steht eine große Fläche zur Neuordnung an. Vielleicht kann in diesem Zusammenhang auch das große leere Grundstück südlich der Ohmstraße mit einbezogen werden. Noch ist offen, was auf diesen Flächen realisiert werden kann. Nahe liegt zunächst eine gewerbliche Nutzung zumindest entlang der lärmintensiven Bamberger Straße in Kombination mit Wohnungsbau im westlichen Teil des Areals.

Ein Projekt, das zumindest für einen gewissen Zeitraum auf den ersten frei werdenden Flächen der Fa. Waasner Platz finden kann, wäre eine Variante der "Chance 2000⁵" nach Würzburger Vorbild. Dabei sollen arbeitslose Jugendliche ohne Ausbildung erste Erfahrungen mit handwerklichen Tätigkeiten machen können und so an eine Berufsausübung herangeführt werden. Gerade in Forchheim-Nord, wo sehr viele Jugendliche ohne Ausbildung und Arbeit sind, kann ein derartiges Projekt nachhaltig zur Verbesserung der Arbeitsstruktur beitragen. Eine Realisierung an diesem oder einem anderen Ort sollte daher mittel- und langfristig angestrebt werden. Bei Gesprächen mit Bürgern von Forchheim-Nord wurden vielfach Wünsche nach Sport- oder Freizeiteinrichtungen (z. B. Eislaufhalle, Schwimmbad) geäußert, da bisher keine solchen Angebote in der Nähe vorhanden sind. Mit einer gesamtstädtischen Einrichtung, wie z.B. einer Stadthalle könnte der Stadtteil eine große Aufwertung erfahren und auch Bürger anderer Stadtteile würden nach Forchheim-Nord gelockt. Damit könnte das Image und die Attraktivität des Stadtviertels durchaus aufgewertet werden.

Gelände zwischen Adenauerallee und Serlbacher Straße:

Die Grundstücke nördlich der Adenauerallee sind stark lärmbelastet und eignen sich daher nicht für Wohnnutzung. Für das frei gewordene Grundstück der WVG sollte deshalb eine gewerbliche Nutzung gefunden werden. Diese ist planungsrechtlich zu sichern.

⁵ Ein Projekt zur Integration von Sozialhilfeempfängern.

4.2.3 Zielbereich: Frei- und Grünflächen im öffentlichen Raum

Beschreibung des Zielbereiches

Die Frei- und Grünflächen im Stadtteil sind zwar in großem Umfang vorhanden, aber z.T. unzureichend gestaltet bzw. in einem ungepflegten Zustand. Der gleichmäßige, ungegliederte Bewuchs führt zu Orientierungsschwierigkeiten. Auch fehlen dem Stadtteil wichtige Treff- und Identifikationspunkte für die Einwohner. Die öffentlichen Spielflächen für Kinder können nicht befriedigen. Neben einer Aufwertung dieser Spielbereiche sollten für Jugendliche neue Aufenthaltsräume und Sportmöglichkeiten zu Verfügung gestellt werden, An Freiflächen bietet der Stadtteil genügend Ressourcen, wie z.B. die Freiflächen im Umgriff des Polizeigeländes, der Schulhof, der Josef-Otto-Platz oder der Vorplatz des Ökowaschhauses. Diese sind aber für die Nutzung als Freizeit- bzw. Aufenthaltsräume unzureichend gestaltet. Durch Bepflanzungs- und Begrünungsmaßnahmen aber auch durch Rodungsmaßnahmen könnte der Stadtteil insgesamt ansprechender gestaltet werden und dadurch für die Anwohner mehr Treff- und Naherholungsmöglichkeiten bieten. Auch für die Verbesserung des Images ist eine optische Aufwertung des Stadtteilbildes dringend erforderlich.

Maßnahmen

Gestaltverbesserung Josef-Otto-Platz:

Der Josef-Otto-Platz sollte sich künftig wegen seiner Raumkanten, der bereits vorhandenen Infrastruktur und wegen der kräftigen begleitenden Baumreihe zu einer Quartiersmitte entwickeln. Die derzeitige Gestaltung ist wegen der Verkehrsführung und des starken Bewuchses für die angestrebte Nutzung jedoch wenig geeignet, kann aber durch Umgestaltungsmaßnahmen verbessert werden. Sehr störend für den derzeitigen Gesamteindruck ist die Wertstoffsammelstelle an der Ostseite des Platzes, die zwar wegen der Einfriedung inzwischen relativ sauber ist, den kräftigen Grünzug mit den mächtigen Bäumen aber empfindlich stört. Die Wertstoffsammelstelle sollte deshalb im Rahmen der Neugestaltung des Josef-Otto-Platzes verlegt werden.



Wertsoffsammelstelle am Josef-Otto-Platz (Foto Ebe)

Damit der Josef-Otto-Platz zum Verweilen einlädt und sich zum Treffpunkt entwickelt, muß eine bessere Einsicht in die Platzfläche gewährleistet sein. Auf einem Quartiersplatz will man sehen und gesehen werden, nur dann kann er kommunikativ wirken. Der Vorschlag zur Platzgestaltung sieht die Rücknahme der Verkehrsführung im westlichen und südlichen Straßenteil vor (Anlieferungsverkehr bleibt weiterhin möglich). Dadurch entfällt auch die enge Einmündung in die Kantstraße. Die Grünfläche wird zugunsten einer großzügigen, einheitlichen, vielfältig nutzbaren gepflasterten Platzfläche zurückgenommen. Hier findet sich Raum für Außensitzplätze eines Cafés oder auch für einen Bauernmarkt. Ein Brunnen schafft zusätzliche Aufenthaltsqualität. Die beiden bestehenden Schmuckgärten bleiben als "Westentaschenparks", die zum Sitzen und Erholen einladen, bestehen. Zur Straße hin entsteht ein gestalterisch abgesetzter Gehbereich, an den sich entlang der Straße mehrere Stellplätze anschließen. Die bestehende Baumreihe wird analog zur Nussbaumreihe ergänzt und in den Gehweg eingebunden.



Zugewachsener Josef-Otto-Platz (Foto Ebe)

Im Bereich der Erdgeschosse der platzbegleitenden Bebauung soll die Möglichkeit für Anbauzonen geschaffen werden, um einen attraktiven Standort für Geschäftsansiedlungen, Cafés, Altentreff und / oder dergleichen zu bieten. Unter der bestehenden Nussbaumreihe entsteht ein einfacher Fußweg mit Sitzmöglichkeiten, der die beiden Kirchen miteinander verbindet.

Schulhof der Adalbert-Stifter-Schule:

Der Schulhof stellt ein wertvolles, gut erreichbares Areal mitten in Forchheim - Nord dar. In Verbindung mit den geplanten Erweiterungen an der Adalbert – Stifter – Schule, die auch Einrichtungen aufnehmen sollen, die sich nach außen richten und von den Bewohnern des Stadtteils angenommen werden, könnte das Schulgrundstück als Frei- und Sportfläche genutzt werden und auch außerhalb der Schulzeiten zugänglich gemacht werden. Neben dieser Nutzung sind hier auch Veranstaltungen oder Feste möglich. Für die geplanten verlängerten Pausenzeiten an der Schule sind eine Ballspielfeld und Schaukeln und Klettergerüste denkbar.

Spielplatz an der Kaiser-Heinrich-Straße:

Der große Spielplatz an der Kaiser – Heinrich - Straße bedarf einer Sanierung. Es muss verhindert werden, dass er abends und nachts von Jugendlichen als Treffpunkt genutzt wird, da sich die unmittelbaren Nachbarn gestört fühlen und der Spielplatz durch Unrat für kleinere Kinder nicht mehr nutzbar ist.



Spielplatz an der Kaiser-Heinrich-Straße mit starker Begrünung (Foto Ebe)

Das Konzept zur Umgestaltung sieht die Sanierung der bestehenden Baumstrukturen im Norden und Süden des Spielplatzes vor. Zur Kaiser-Heinrich-Straße hin entsteht dadurch eine neue Blickbeziehung, die die Grünfläche stärker in den Stadtteil integrieren soll. Als neuer, transparenter Abschluss soll eine Promenade entstehen, die zur Straße hin von einer hochstämmigen Baumreihe gefasst wird. Zum Spielplatz hin wird sie von einem schlichten, transparenten Laubengang gesäumt, der zum Verweilen einlädt. Die Promenade öffnet sich nach Süden zum bestehenden Pavillon, der auf diese Weise in die Gesamtgestaltung einbezogen wird. Eine neue Brücke über den Sendelgraben verbindet die Promenade mit dem Platz am Pavillon. Der Sendelgraben wird reaktiviert und in die Gestaltung einbezogen. Der Spielplatz selbst wird saniert, so dass eine zentrale große Wiesenfläche entsteht, die unterschiedlich nutzbar ist. Am Rand der Wiese entstehen unterschiedliche Aktivzonen, in denen z.B. Spielgeräte und Sitzgelegenheiten angeboten werden können.

Ergänzende Nutzungen für Jugendliche:

Die Flächen nördlich der Bebauungsgrenze bieten die Möglichkeit, weitere Sportflächen anzusiedeln. Hierbei sollte besonders auf die Bedürfnisse der Jugendlichen eingegangen werden, um für diese Treffpunkte abseits der Kinderspielplätze zu ermöglichen. Interessant wären beispielsweise eine Skateranlage oder Hartplätze für Basketball und ähnliche Sportanlagen. Diese Sporteinrichtungen benötigen viel Platz und Abstand zur Bebauung, weil die Sportarten zwangsläufig Lärm entwickeln.

Aufweitung in der Kantstraße:

Die Kantstraße weist im westlichen Abschnitt eine kleine platzartige Aufweitung auf, die derzeit als solche nicht erfahrbar ist, da sie nur als Parkplatz dient.



Platzartige Aufweitung an der Kantstraße (Foto intep)

Das Herausarbeiten von räumlichen Besonderheiten ist für den Stadtteil sehr wichtig, um ihm mehr Identität und Orientierungspunkte zu geben. Mit gezielten Baumpflanzungen und dem Einsatz von Beleuchtung kann der Straße an dieser Stelle zu einem besonderen Gesicht verholfen werden.

Waschhausvorplatz:



Vorplatz Waschhaus (Foto intep)

Das Öko-Waschhaus verfügt über einen kleinen Vorplatz mit Sitzmöglichkeiten. Leider fließt bei Regen das Wasser zum Waschhaus hin. Das Gefälle muss dringend geändert werden, um die Bausubstanz zu schützen. Durch gezielte Eingriffe könnte der kleine Treffpunkt mit relativ geringem Aufwand verbessert werden.

Straßenzüge südlich der Von-Ketteler-Straße:

Im Siedlungsbereich zwischen Adenauerallee und Von-Ketteler-Straße fällt auf, dass die ursprünglich locker und kleinmaßstäblich bebauten Grundstücke immer dichter bebaut werden. Aus dem ehemaligen Einfamilienhausgebiet hat sich längst ein Gebiet mit Mehrfamilienhäusern entwickelt. Problematisch ist dabei die Unterbringung des ruhenden Verkehrs, weil der Stellplatzbedarf auf den Grundstücken nicht ordentlich befriedigt werden kann.



Problematische Unterbringung des ruhenden Verkehrs (Foto intep)

Vorgärten und rückwärtige Wohngärten werden wild beparkt. Baurechtlich muss geklärt werden, wie weit dieses Gebiet verdichtet werden kann. Um die tristen und geraden Straßenzüge aufzuwerten und "bessere" Adressen zu schaffen, sollten die Straßen durch Einzelbaumpflanzungen und ausgewiesene Parkbuchten (evtl. mit Belagswechsel) zониert werden. Dadurch kann auch eine Verkehrsberuhigung erzielt werden.



Ungegliederter Straßenzug (Foto intep)

Straßenkreuzungen und Unterführung beim Sendelgraben:

Die Unterführung am Sendelgraben ist derzeit eine einfache Röhre in schlechtem und nicht einladendem Zustand. Durch Gestaltung mit Farbe, Änderung des Belags, Anbringen besserer Beleuchtung und Umgestaltung der Ein- und Ausgänge sollte die Unterführung qualitativ deutlich aufgewertet werden. Dadurch kann die trennende Wirkung der Bamberger Straße gemindert werden.

Strukturelle Ergänzung raumwirksamer Achsen:

Um wichtige Strukturen zu betonen, die den Stadtteil mit dem nördlich anschließenden Landschaftsraum verbinden sollten die bereits vorhandenen linearen Grünstrukturen durch Bepflanzungsmaßnahmen ergänzt werden.

Verstärkte Begrünung von Großparkplätzen:

In enger Zusammenarbeit mit den Eigentümern könnten die großen, derzeit monotonen Parkplatzflächen bei Lidl und E-Center innerhalb vergleichsweise kurzer Zeit durch stellenweises Öffnen der Versiegelung und Baumpflanzungen begrünt werden.



Großparkplatz E - Center (Foto Stadt Forchheim)

Konzept Mietergärten / Grabeland:

Das Gebiet nördlich des Stadtteils eignet sich ideal als langfristige Entwicklungsfläche, um unterschiedliche Nutzungen unterzubringen, je nach Anforderung der künftigen Bevölkerungsentwicklung.

Bereiche im Süden und Westen von Forchheim – Nord sind bereits gut mit privat nutzbaren Freiflächen und Gärten versorgt. Der Bereich zwischen Kantstraße im Süden und Fritz-Hoffmann-Straße im Norden, Bamberger Straße im Westen und Bahnlinie im Osten weist jedoch große Defizite in der Nutzung der Freiflächen auf. Zwar befindet sich in zumutbarer Entfernung die Kleingartenanlage "Hugo Post", die jedoch immer weniger angenommen wird. Trotzdem kann für Mieter der Wunsch nach Grabeland oder nach Mietergärten in Wohnungsnähe entstehen. Langfristig sollten deshalb vom Stadtteil aus leicht zugängliche Gärten, z.B. nördlich des Siedlungsbereiches entlang der Bahnlinie vorgehalten werden.

Westlich der Schulen und der Sportflächen könnte ein Park als Übergang von der Stadt in den Landschaftsraum entstehen, der für die Bevölkerung einerseits als Naherholungsbereich, andererseits auch z.B. zu sportlichen Zwecken oder als Veranstaltungsgelände (z.B. Zirkus...) genutzt werden kann.

4.2.4 Zielbereich: Wege/Verkehr

Beschreibung des Zielbereiches

Die tangierenden Straßen und Verkehrswege bringen zwar eine sehr gute Verkehrsanbindung, isolieren den Stadtteil aber von anderen Stadtquartieren. Durch die stark frequentierten Verkehrsstraßen, kommt es zudem zu hohen Lärm- und Emissionsbelastungen. Dies gilt v.a. für den Wohnbereich entlang der Adenauerallee. Durch Lärmschutzwände entlang der Autobahn und der Bahnlinie ist in den Randlagen sogar die Sicht nach außen versperrt. Es fehlt an entsprechenden Wegeverbindungen, um den Anschluss des Gebietes an andere Stadtteile zu verbessern. Neue Anschlussmöglichkeiten und Wegeführungen ergeben sich zukünftig aber durch den Ausbau der ICE-Trasse und dem S-Bahnhaltepunkt in Forchheim-Nord.



Lärmschutzwand entlang der Autobahn (Foto Ebe)

Die Verkehrssituation im Quartier ist an manchen Stellen unübersichtlich und birgt Gefahrenpotenziale. Dies gilt v.a. für Schulkinder im Bereich der Pestalozzistraße während der Bring- und Abholzeiten.

Maßnahmen

Bushaltestellen Pestalozzistraße:

Zu den Hol- und Bringzeiten bei Schulbeginn und Schulende kommt es hier regelmäßig durch hohes Verkehrsaufkommen zu unübersichtlichen Situationen und damit zur Gefährdung von Schulkindern.

Sinnvoll wäre die Einrichtung einer eigenen Busspur, in der die Busse nacheinander anhalten können, ohne den sonstigen PKW-Verkehr zu behindern. Der Gehweg an der Seite der Schulen sollte auf der gesamten Länge deutlich verbreitert werden, um gleichzeitig eine Wartezone zu schaffen. Baumpflanzungen könnten wichtige Stellen, wie z.B. Zufahrten, verdeutlichen und den Straßenraum zu gliedern. Zu den Schulen hin ist eine Abgrenzung zu schaffen.

Kreuzung Fritz-Hoffmann-Straße / Kaiser-Heinrich-Straße:

Die großflächige Versiegelung der Kreuzung sollte zurückgenommen werden um die Querung zu erleichtern. Eine bessere Gestaltung kann darüber hinaus durch punktuelle Entsiegelungen, Baumpflanzungen und ein Beleuchtungskonzept erzielt werden.

Einmündung Bögstraße / Adenauerallee:

Die Einfahrt von der Bögstraße in die sehr frequentierte Adenauerallee ist schlecht einsehbar und gefährlich. Besonders problematisch ist der Anlieferverkehr der Post direkt an der Ecke, da die Lastwagen auf die Fahrbahn hinausragen. Hinzu kommen zu Stoßzeiten zahlreiche PKWs von Privatkunden, für die nicht ausreichend Parkplätze zur Verfügung stehen. Abhilfe kann durch den Umbau der Laderampe geschaffen werden, so dass die LKWs parallel zum Gebäude stehen und nicht mehr den Straßenverkehr behindern. Weiterhin ist zu überlegen, ob zusätzliche Kurzzeitparkplätze für Kunden eingerichtet werden können.

Lärmschutz Adenauerallee:

Die Wohnanlage nördlich der Adenauerallee / Adenauerbrücke ist durch Verkehrslärm stark belastet. Die Errichtung einer Lärmschutzwand nördlich der Adenauer Allee kann die dahinter liegende Bebauung wenigstens in den unteren Geschossen schützen.

Neue Fußwegverbindungen:

Wie bereits erwähnt, gibt es in Forchheim-Nord viele gut genutzte Fußwegverbindungen auch abseits der Straßen. Die Brücke über den Sendelgraben kurz vor der Autobahn ist seit längerer Zeit gesperrt. Sie sollte in naher Zukunft erneuert werden, damit dieser Weg wieder genutzt werden kann. Stellenweise sollte das Wegenetz aber auch durch neu anzulegende Wege ergänzt werden. Für den Stadtteil ist es allgemein von Bedeutung, seine Insellage zu entschärfen. Daher ist es wichtig, zusätzliche Verbindungen über die Bahngleise hinweg nach Osten zu schaffen. Zusätzlich zur Unterführung an der Herderstraße wäre eine Anbindung auf Höhe der Bammerdorfer Straße / Jean-Paul-Straße, wie sie bereits im Rahmen des ICE – Streckenausbaus geplant ist sowie weiter im Norden des Untersuchungsgebiets, wo bereits ein Feldweg auf die Bahntrasse zuführt, sinnvoll.

Langfristig sollte eine Brücke über die Autobahn und den Main – Donau - Kanal auf Höhe des Sendelgrabens die Stadtteile miteinander verbinden, da es nördlich der Adenauerbrücke lange keine Querungsmöglichkeit gibt. Für diese Baumaßnahme ist jedoch ein enormes Budget erforderlich. Eine Realisierung ist daher wohl erst langfristig durchführbar. Die Möglichkeit der Herstellung einer Fußwegeverbindung in Nord-Süd-Richtung entlang der Bahn ist im Zusammenhang mit künftigen Planungen der Bahn (Erweiterung zu einer ICE-Trasse) zu prüfen.

Ausbau der Bahngleise zur ICE – Trasse und S – Bahn mit Haltepunkt:

Die Bahn soll im Rahmen des ICE – Streckenausbaus zusätzliche Gleisanlagen erhalten. Wegen des geplanten Haltepunktes werden Grundstücksflächen entlang der Jean-Paul-Straße auf ca. 3,0 m Breite benötigt. Damit verschmälert sich die Zufahrt für die unmittelbaren Anlieger erheblich. Zwischen Jean-Paul-Straße und Bahngleise wird darüber hinaus eine Lärmschutzwand entstehen. Im Bereich der Unterführung an der Herderstraße ist ein Haltepunkt mit "Bike + Rideanlage" für die zukünftige S- Bahn vorgesehen. Hier soll die Unterführung auch für Fahrradfahrer ausgebaut werden. Wegen des geplanten Haltepunktes ist der Abbruch des Einfamilienhauses auf Flurnr. 1433 vorgesehen. Auch wegen des neuen Haltepunktes und des damit verbundenen Fußgängeraufkommens sollte der Bereich Herderstraße mit seinen momentanen Störungen durch die Bewohner neu geordnet werden.

4.2.5 Zielbereich: Energie

Beschreibung des Zielbereiches

Die energetische Infrastruktur ist in Form eines kommunalen Energieplans im Bericht Ausgabe 1 "Energieplanung Forchheim Nord" des Büros intep detailliert beschrieben. Der kommunale Energieplan gibt Empfehlungen für städtebauliche und Gebäudeplanungen hinsichtlich energetischer Standards und Energieversorgungsvarianten. Der kommunale Energieplan schlägt einen Versorgungsmix des Stadtteils Forchheim-Nord mit Energieträgern ohne CO₂-Freisetzung, Energieträgern mit neutraler CO₂-Bilanz und Energieträgern mit CO₂-Freisetzung vor. Auf Basis des kommunalen Energieplans können konkrete Maßnahmen für die Weiterentwicklung und Umsetzung einer zukunftsweisenden Energieversorgung des Stadtteils Forchheim-Nord entwickelt werden.

Grundsätzlich ist eine klare Abgrenzung der beiden leitungsgebundenen Energieträger Erdgas und Nahwärme zu beachten. Parallelinvestitionen in zwei Leitungsnetze können zukünftig reduziert werden, womit letztlich die Wirtschaftlichkeit beider Medien verbessert wird.

Insgesamt besteht ein erhebliches Potenzial an erneuerbaren Energien, welches zur Zielerreichung bei der Substitution von fossilen Energieträgern sowie bei der Reduktion der CO₂-Emissionen beitragen kann. Der Stadtteil Forchheim-Nord weist damit gute Voraussetzungen für eine ökologische Energieversorgung auf.

Maßnahmen

- Eine Verdichtung der Erdgasversorgung, vor allem im Süden des Untersuchungsgebietes (hauptsächlich privater Wohnbestand) innerhalb des bestehenden Gasversorgungsparameters ist anzustreben. Nach Möglichkeit sollen hierfür Kleinst-Kraftwärmekopplungsanlagen eingesetzt werden.
- Im Kernbereich von Forchheim-Nord, im Bereich Gerhart-Hauptmann-Straße, Paul-Keller-Straße und Wilhelm-Raabe-Straße ist ein Gebiet mit Biomassenutzung und Erdwärmennutzung über Wärmepumpen anzustreben, da es derzeit nicht mit einem leitungsgebundenen Energieträger (Erdgas) erschlossen ist.
- Im Nord-Westen des Untersuchungsgebietes ist eine Erdwärmennutzung über Wärmepumpen sinnvoll, da hier aufgrund des Abriss der Firma Waasner und der geplanten Sanierung des Gebäudebestandes in der Kaiserin-Kunigunda-Straße

energetisch hochwertige Gebäude realisiert werden können, die einen effizienten Einsatz von Wärmepumpen ermöglichen.

- Im Norden des Untersuchungsgebietes soll das bestehende Nahwärmenetz der Holzhackschnitzelanlage am Berufsschulzentrum weiter ausgelastet und bei Bedarf erweitert werden. Ein Anschluss des Polizeigebäudes ist bei einer Heizungsanlagensanierung anzustreben.
- Im Bereich der Adalbert-Stifter-Schule / Herderstraße ist ein weiterer Nahwärmeverbund, basierend auf einem Kraft-Wärmekopplungsprozess geplant.
- Der Bereich Kaiser-Heinrich-Straße sowie Fritz-Hoffmann-Straße ist langfristig als zukünftiger Nahwärmebereich vorzusehen, der über die Holzhackschnitzelanlage oder einem erdgasbasierten Kraft-Wärmekopplungsprozess gespeist wird.
- **Prioritätsgebiete**
Auf Basis der städtebaulichen, freiraumplanerischen, baulichen und energiebedingten Maßnahmen zur Aufwertung des Stadtteils Forchheim-Nord ergeben sich für den kommunalen Energieplan Prioritätsgebiete, die parallel mit den geplanten baulichen Maßnahmen der Wohnbaugenossenschaften umgesetzt werden sollten.
 - In den Bereichen Kaiserin-Kunigunda-Straße, Paul-Keller-Straße ist für zur Sanierung vorgesehenen Gebäude eine Versorgung mit Erdwärme (Wärmepumpen) anzustreben.
 - Für den Bereich Herderstraße 1-9 und eventuell die Liegenschaften der Joseph-Stiftung (Pestalozzistr. 1, 3a, 3-25) ist eine Wärmeversorgung durch eine Contractinglösung (Stadtwerke Forchheim) über ein Nahwärmenetz mit Heizzentrale in der Adalbert-Stifter-Schule vorgesehen. Die Wärme soll durch gasbetriebene Kraft-Wärmekopplungsanlagen (Gas-BHKW, Brennstoffzellen-BHKW) bereitgestellt werden.

Bei Neubebauungen z.B. im Bereich an der Herderstraße kann ein Optimum an passiv solarer Nutzung durch konsequente Ausrichtung der Gebäude erzielt werden. Die Grundrisse werden klar strukturiert, so dass die Aufenthaltsräume gut von Tageslicht durchflutet werden und der passiv solaren Nutzung dienen. Für die Gebäude wird ein Wärmedämmstandard nach dem KfW 40 Modell gefordert (Primärenergieverbrauch für Heizung und Warmwasserwärmung 40 kWh/m²). Die Wärmeversorgung der Gebäude kann über das geplante Nahwärmenetz durch einen Kraft-Wärme-Kopplungsprozess erfolgen.

4.2.6 Zielbereich: Soziales Zusammenleben und Integration

Beschreibung des Zielbereiches

Durch den hohen Anteil an Ausländern und Spätaussiedlern im Stadtteil einerseits sowie der Altersstruktur der Bewohner andererseits ergeben sich besondere Anforderungen an das Zusammenleben im Stadtteil. Unterschiedliche Ethnien und Nationalitäten müssen ebenso miteinander auskommen wie ein großer Anteil von älteren Bewohnern mit einem großen Anteil von Kindern und Jugendlichen. Entwicklungsbedarf besteht somit bezüglich integrativer Maßnahmen. Außerdem gilt es Maßnahmen zu entwickeln, die das Zusammenleben bzw. die Begegnungsmöglichkeiten aller Bewohner positiv beeinflussen. Mit der Einrichtung eines Stadtteilbüros als Plattform für Zusammenkünfte und Begegnungen der Bewohner mit Unterstützung des Quartiersmanagements ist bereits ein erster wichtiger Schritt getan.



Jugendliche führen ein Interview für die Stadtteilzeitung durch (Foto: BASIS-Institut)

In den Voruntersuchungen wurde immer wieder deutlich, dass die Verbesserung der Verhältnisse in der Herderstraße nicht nur für die Bewohner selbst, sondern auch für das Image des gesamten Stadtviertels von zentraler Bedeutung sind. Allein mit bau-

lichen Maßnahmen kann die unbefriedigende Wohn- und Lebenssituation nicht bewältigt werden. Vielmehr sollten die Zuständigkeiten für Wohnungsnot klarer definiert und um sozialpädagogische Kompetenz erweitert werden. Zudem fehlt es an einem schlüssigen Konzept, wie Wohnungsnot präventiv bekämpft werden kann.

Maßnahmen

- Betrieb eines Stadtteiltreffs als Begegnungsmöglichkeit im öffentlichen Raum und Plattform für den Austausch unterschiedlicher Nationen
- Betrieb eines Stadtteilbüros und Anstellung eines Quartiersmanagers für soziale Stadtteilarbeit, Integrationsförderung und Vernetzungsarbeit.
- Erstellen eines Gesamtkonzeptes Integration unter der Berücksichtigung des oftmals hohen Nachsozialisationsbedarfs von Frauen sowie der zu erwartenden ansteigenden Anzahl der alten und hochbetagten Ausländer
- Weitere Vernetzung bestehender Angebote durch die Arbeit in den Gremien der Projektstruktur (Initiativgruppen, Sozialgespräch, Kommission) zur Optimierung der Unterstützung soziale Bedürftiger
- Schaffung einer Präventions- und Beratungsstelle für Wohnungsnotfälle

4.2.7 Zielbereich: Bildung, Qualifikation und Beschäftigung

Beschreibung des Zielbereiches

In Forchheim-Nord gibt es zu viel gering- bzw. gar nicht qualifizierte Arbeitskräfte. Dies ist v.a. Ausdruck mangelnder Bildungs- und Qualifikationsniveaus und schlägt sich in Arbeitslosigkeit und Sozialhilfebezug nieder. Für Jugendliche im Stadtteil stellt sich die Situation besonders prekär dar. 17 Prozent der Schüler, die aktuell die Adalbert-Stifter-Schule verlassen, haben keinen Schulabschluss, nur wenige erhalten eine Ausbildungsstelle (knapp 10-20 Prozent der Abschlussklassen). Die Unterstützungsleistungen vieler Familien im Stadtteil bzgl. Schulbildung und Berufswahl ist gering. Forchheim-Nord hat zudem überdurchschnittlich hohe soziale Transferleistungen und Interventionskosten aufzuweisen. Eine zentrale Forderung für die weitere Projektarbeit ist daher Bildungs- und Beschäftigungschancen zu erhöhen. Dabei sollte bei allen Teilmaßnahmen darauf geachtet werden, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf (weiter) optimiert wird. Dazu sind bei vielen Maßnahmen kombinierte Projekttypen, die sowohl ein Bildungs- bzw. Beschäftigungsangebot als auch ein darauf abgestimmtes Tagesbetreuungsangebot schaffen, anzudenken. In der bisherigen Projektarbeit wurde der Verknüpfung von Arbeits- und Tagesbetreuungsangeboten aus Ressourcengründen zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Dies trifft auch für spezielle Arbeits- und Integrationsangebote in den Arbeitsmarkt für Perso-

nen mit Migrationshintergrund zu. Bezüglich dieser Themen sollte die weitere Projektarbeit sinnvolle Maßnahmen generieren und die anstehenden Probleme und Fragen einer adäquaten Lösung zuführen.

Maßnahmen

- Schaffung von Aus- und Fortbildungsangeboten für wenig Qualifizierte (umfassendes Angebot nur in Kooperation mit dem zuständigen Träger des Arbeitslosengeldes II möglich)
- Schaffung weiterer Arbeitsplatzangebote mit geringen fachlichen/inhaltlichen Anforderungen (umfassendes Angebot nur in Kooperation mit dem zuständigen Träger des Arbeitslosengeldes II möglich)
 Teilprojekte: Spezielle Angebote für Alleinerziehende (Ausbildung/Arbeit im Sozialen Sektor/Handel), junge Mütter (Tagesbetreuung + Ausbildung), Bauplatz mit Zuständigkeit für Forchheim Nord (Häuser anstreichen, Klassenzimmer verschönern, Wohnumfeld gestalten ...) Mensabetrieb an der Adalbert-Stifter-Schule mit Beschäftigungsangebot, Ausbau oder Verlagerung der Arbeitsfelder von Ratio z.B. in Richtung Reinigungsdienstleistungen
- Verstärkte Vernetzung und Kooperation von Ämtern, Schulen, Berufsschulen, Bildungsträgern und Betrieben koordiniert durch Hauptamtliche aus dem Bereich der Jugendhilfe/Bildungsträger angesiedelt am Schülercafé
- Patenschaften für Schüler/-innen, die keine ausreichende Unterstützung von zu Hause bekommen
- Schnuppertage in Betrieben in den Schulferien als Zusatzmöglichkeit
- Maßnahmenpaket für Alleinerziehende
- Auf die Situation von Alleinerziehenden abgestimmte Tagesbetreuung angehen unter Einbeziehung des Systems Kindergarten und Hort
- Zzgl. in Schnittstelle zum Teilbereich Kinder und Jugend: Alle Maßnahmen bezüglich des Schulversuches an der Adalbert-Stifter-Schule (Räumlichkeiten für Nachmittagsbetreuung, Soziale Betreuung, Ganztagschule, Mensa, etc.)
- Beantragte Projekte durch EQUAL⁶: BISA (Unterstützung Übergang Schule/Beruf), Hilfen für junge Arbeitslose, Praxisorientierte vertiefte Berufsorientierung, Arbeitsplätze im dritten Sektor, 55 plus und 25 minus (Zusammenarbeit

⁶ EQUAL-Projekte sind Projektpartnerschaften, in denen eine Vielzahl von Trägern zusammen mit strategischen Partnern neue Wege zur Integration von Problemgruppen des Arbeitsmarktes angehen. Für die Region Bamberg-Forchheim wird im April 04 ein solches Projekt beantragt. Die Umsetzung des Projektes würde sehr stark auch Forchheim-Nord zu Gute kommen. Ob dieses Projekt allerdings genehmigt wird, wird sich erst Ende 2004 klären. Falls eine Genehmigung ausbleibt, sollten die genannten Inhalte über die Soziale Stadt (mit-)gefördert werden.

von Älteren und Jüngeren Sozialhilfeempfängern in einer Qualifizierungsmaßnahme)

4.2.8 Zielbereich: Kinder und Jugend

Beschreibung des Zielbereiches

Im Bereich Schule, Jugendhilfe incl. Jugendarbeit sowie Tagesbetreuung, stehen drängende und schwerwiegende Probleme und Aufgabenstellungen an, die vielfach nur durch eine Kooperation verschiedener Stellen im umfassenden Maße befriedigt werden können. Als besondere Problem- bzw. Handlungsfelder sind zu nennen: Integration junger Ausländer und Spätaussiedler, Schließen der Betreuungslücken für unter 3-jährige sowie in der Nachmittagsbetreuung von Kinder und Jugendlichen, Schaffung adäquater Freizeit- und Treffmöglichkeiten für junge Menschen im Stadtteil, fördernde und unterstützende Maßnahmen (Beratung, Bildung, Qualifizierung) zur Verbesserung der Entwicklungs- und Arbeitsmarktchancen von Jugendlichen, verstärkte Sozialarbeit/Schulsozialarbeit zur Minderung und Prävention sozialer Problemlagen und Konflikte junger Menschen.

Der Zielbereich Kinder und Jugend überschneidet sich v.a. was das Thema Schule betrifft oftmals mit dem Bereich Bildung, Qualifikation und Beschäftigung sowie der Verbesserung der sozialen Infrastrukturen im Stadtteil. Dies betont nochmals den integrativen Charakter des zugrunde liegenden Gesamtkonzeptes sowie dessen Schwerpunktsetzungen.

Maßnahmen

- Gestaltung des Schulhofes (Treffmöglichkeiten für Jugendliche schaffen)
- Umgestaltung und Optimierung von Spiel - und Freizeitflächen; evtl. Neuanlage von Freiflächen hinter Polizei mit Basketballplatz und Container (Treffmöglichkeiten für Jugendliche schaffen)
- Erstellen einer Konzeption: Nutzung neu zu schaffende Räume (Nachmittagsbetreuungsräume und SchülerCafé) für Zwecke der Jugendarbeit am Nachmittag und Abend (Bestehende Angebotsformen in neue Strukturen überführen)
- Erstellung eines integrierten Gesamtkonzeptes "Kinder und Jugend in Forchheim-Nord"; laufende Initiativgruppe Kinder- und Jugend zur Abstimmung und für gemeinsame Aktivitäten (Koordination der Aktivitäten im Bereich Kinder und Jugend)
- Schaffung eines adäquaten Multifunktionsraums (Aufwertung der Schule, Öffnung der Schule zur Stadtteilschule)

- Schaffen von neuen Räumen für die Nachmittagsbetreuung; konzeptionelle Einbindung (Unterstellung) des Schülerzentrums unter die Schulleitung (Nachmittagsbetreuung optimieren)
- Umgestaltung der Klassenzimmer mit Schüler/-innen (Voraussetzung für Leben an der Schule schaffen)
- Verstärkung der Sozialarbeit an den Schulen (Unterstützung benachteiligter Jugendlicher)
- Schaffung von Ganztagschulplätzen und umfangreicherer Betreuungsmöglichkeiten am Nachmittag unter Einbeziehung des Systems Kindergarten und Hort (Optimierung Tagesbetreuungsangebote)
- Mittagstisch an der Schule
- Einrichtung eines Schüler-Cafés (Verbesserung der Treff- und Freizeitmöglichkeiten von Jugendlichen)
- Intensivere Vorbereitung auf die Schule/Verbesserte Abstimmung Schule/KIGA (Maßnahmenvorschläge noch in der Generierungsphase- Sozialgespräch)
- Schaffung neuer Betreuungsangebote für unter3-Jährige (Maßnahmenvorschläge noch in der Generierungsphase- Sozialgespräch)
- Kompensation der hohen personellen und inhaltlichen Anforderungen bzgl. der Integrationsarbeit in den Kindergärten (Maßnahmenvorschläge noch in der Generierungsphase- Sozialgespräch)
- Schulversuch "flexible, zeitverzögerte Schule" an der AST (Betreuungslücken bei 6-14Jährigen schließen, bessere Vereinbarkeit von Familien und Beruf)
- Internetcafé (vorerst) im Stadtteilbüro, später im Schülercafé an der AST (Zugänglichkeit und Wissen in Bezug auf vorhandene Angebote erweitern)

4.2.9 Zielbereich: Treff- und Freizeitmöglichkeiten/öffentl. Leben

Beschreibung des Zielbereiches

Insgesamt fehlen im Gebiet Gaststätten, Cafés, und Begegnungsmöglichkeiten im öffentlichen Raum. Zudem fehlt es an einem für alle Bevölkerungsschichten nutzbaren und zentral gelegenen Stadtteiltreff für Freizeitgestaltung und kulturelle Veranstaltungen. Wie bereits erwähnt gibt es im Stadtteil ein großes Potenzial an Frei- und Grünflächen, die sich zum Treffen und zur Naherholung eignen, jedoch unzureichend für eine Nutzung durch die Bewohner gestaltet sind.⁷

⁷ Hier sei auch die Maßnahmen zur Gestaltung der Frei- und Grünflächen (Kapitel 4.2.3) der Planungsbüros Ebe&Ebe und Brenner verwiesen.

Maßnahmen

- Errichtung eines Stadtteiltreffs
- Schaffung von Strukturen für die Ansiedlung kleiner Dienstleistungsanbieter (Café, Eisdiele) –städtebauliche Maßnahmen im Bereich Josef-Otto-Platz (siehe Kapitel 4.2.2)
- Gestaltung der Frei- und Grünflächen im Stadtteil, Schaffung von informellen Treff- und Naherholungsmöglichkeiten im Stadtteil (siehe Kapitel 4.2.3)
- Schaffung weiterer Begegnungsmöglichkeiten für Jugendliche (Basketballplatz und Containerlösung hinter der Polizei (siehe Kapitel 4.2.8)
- Förderung und Initiierung von kulturellen Veranstaltungen und Festen im Stadtteil

4.2.10 Zielbereich: Ältere Generation

Beschreibung des Zielbereiches

Die Angebote für die ältere Generation sprechen momentan nur einen Teil der älteren Bewohner von Forchheim Nord an. Es wäre daher wünschenswert, die bestehenden Angebote in Zusammenarbeit mit den Kirchengemeinden weiter zu entwickeln und auszubauen. Insgesamt muss auch das durch die natürliche Bevölkerungsentwicklung zu erwartende starke Ansteigen der nominellen Zahl der Älteren aber auch des Prozentanteils der älteren Generation umfassend berücksichtigt werden. Als neue Zielgruppe kommen hier vor allem auch ältere Ausländer in Betracht, die ihren Lebensabend in Forchheim-Nord verbringen. Weitere Stichwörter für Überlegungen zur Weiterentwicklung wären Gesundheits- und Infrastrukturversorgung für die ältere Generation. Differenzierte Maßnahmenvorschläge sollen noch mit den Akteuren der Altenhilfe zusammen entwickelt werden. Eventuell könnte dies in einer eigenen Initiativgruppe geschehen. Dieser Bereich befindet sich z.Z. erst in der Entwicklungsphase, soll aber als fester Bestandteil in die weitere Projektarbeit implementiert werden. Das bereits geschaffene Angebot des Cafénachmittages im Stadtteiltreff wird überwiegend von der älteren Generation genutzt. Hierdurch sind bereits erste ausbaufähige Strukturen in der Stadtteilarbeit geschaffen worden. Zudem gibt es Planungen der Joseph-Stiftung, im Stadtteil altengerechte bzw. barrierefreie Wohneinheiten für ältere Menschen zu errichten (Siehe Kapitel 4.2.2).

Maßnahmen

- Weiterer Bestand des Angebotes Cafénachmittag im Stadtteilbüro
- Differenzierte Erörterung der Problem- und Bedürfnislagen der älteren Generation, Erstellen eines Gesamtkonzeptes
- Schaffung von altengerechtem bzw. barrierefreiem Wohnraum im Stadtteil
- Schaffung einer Initiativgruppe "Ältere Generation"

4.2.11 Zielbereich: Vernetzung bestehender Initiativen und Strukturen

Beschreibung des Zielbereiches

Durch die Schaffung von Projektstrukturen, die eine Zusammenarbeit und Vernetzung der unterschiedlichen Akteure ermöglicht, werden bestehende Initiativen ergänzt und optimiert. Die Bemühungen, alle wichtigen Vertreter von Organisationen und Einrichtungen zu vernetzen, haben begonnen und werden sicherlich im weiteren Projektverlauf noch weiter ausgebaut werden. Da die Projektstruktur nicht als statisch zu verstehen ist, kann diese weiter entwickelt und den jeweiligen Anforderungen im Projekt angepasst werden. So können sich z.B. neue Initiativgruppen bilden oder bestehende auflösen, ohne dass dabei die Struktur insgesamt in Frage gestellt werden müsste. Die Arbeit des Quartiersmanagements bzw. der Projektleitung hat hierbei zentrale Bedeutung.

Maßnahmen

- Anstellung eines Quartiersmanagers für Stadtteil und- Vernetzungsarbeit sowie Projektkoordination
- Weitere Vernetzung bestehender Angebote und Strukturen durch Projektsteuerung und Projektbegleitung

4.2.12 Zielbereich: Aktivierung bürgerschaftlichen Engagements und Bürgerbeteiligung

Beschreibung des Zielbereiches

Zentrales Anliegen der Sozialen Stadt ist die Entwicklung eines eigenständigen Stadtleben, die Wiederherstellung des sozialen Verbunds, die Stärkung aller vorhandenen Potentiale und die Motivierung der Bewohner in Initiativen, Gruppen und Vereinen mitzuwirken und sich dauerhaft selbst zu organisieren. Das Programm Soziale Stadt sieht in der Bürgerbeteiligung und Initiierung bürgerschaftlichen Engagements eine der wesentlichen Säulen für den Projekterfolg. Von großer Bedeutung für die erfolgreiche Durchführung von Beteiligungsverfahren ist hierbei das Vorhandensein eines Stadtteilbüros mit Quartiersmanagement. Im Rahmen der Erarbeitung des IHK wurde die Quartiersbevölkerung umfassend durch Maßnahmen wie die ZUK, Stadtteilbegehung und Befragungen in die Projektarbeit aktiv eingebunden. Zudem fand mit dem Eröffnungsfest des Stadtteilbüros ein durch Bürger für den Stadtteil organisiertes Event statt. Auch von den in der Koordinierungskonferenz zusammengeschlossenen Einrichtungen wird die Weiterführung des Quartiersmanagements mit Stadteiltreff und Stadtteilbüro vehement gefordert.

Maßnahmen

- Stadtteilbüro und Quartiersmanagement
- Initiativgruppen
- Veranstaltungen, Feste und Events mit übergeordneter Wirkung

5. Projektcontrolling und Evaluation

Bei einem derart komplexen mehrjährigen Planungsvorhaben wie der Sozialen Stadt ist es unabdingbar, bewirkte Veränderungen beschreibbar zu machen, um die Maßnahmenplanungen immer wieder aufs neue den Projektanforderungen anpassen zu können. Für die Analyse des Projekterfolges werden verlässliche Daten benötigt. Dabei kann auf ein Set wichtiger Indikatoren zurückgegriffen werden, das auf das spezifische Maßnahmenprogramm in Forchheim-Nord abgestimmt werden muss. Mit Indikatoren allein lassen sich aber Entwicklungen bzw. Veränderungen in Stadtteilen nicht abbilden: Die Stimmung in der Bevölkerung, wie z.B. die Identifikation der Bürger mit dem Stadtteil, muss mit qualitativen und quantitativen Methoden skizziert werden. Diese Arbeiten sollten im Rahmen der Projektbegleitung durch eine externe, d.h. unabhängige Perspektive durchgeführt werden.

Die Erhebungsinstrumente zur Erfassung der Entwicklungen durch die Projektarbeit müssen die realen Veränderungen und der damit verbundenen besonders wichtigen Indikatoren im Viertel abbilden können, z.B. Bevölkerungsentwicklung. Sie müssen aber auch erfassen können, wie diese Veränderungen von der Bevölkerung auf- und angenommen werden. Zur Erfassung der Entwicklungen im Viertel wird deshalb folgende Vorgehensweise vorgeschlagen:

Erhebungsbögen

In Form von Erhebungsbögen (Entwürfe aus anderen Projekten der Sozialen Stadt vorhanden), deren Inhalt mit den Zielindikatoren korrespondieren, werden fortwährend die einzelnen Ereignisse und Treffen in der Stadtteilarbeit durch das Quartiersmanagement erfasst, wie z.B. die Dokumentation von Gruppentreffen, Einzelkontakten, Vorträgen etc. Die Erhebungsbögen dokumentieren die Anstrengungen im sozialen Bereich.

Leitfadengestützte Interviews mit Experten

Ergänzend zu den Erhebungsbögen können leitfadengestützte Interviews mit Experten (z.B. Vertreter aus den Initiativgruppen) durchgeführt werden, um die quantitativen Ergebnisse der Erhebungsbögen zur Projektarbeit durch persönliche Aussagen qualitativer Art zu ergänzen. Aufgrund von Erfahrungen stellt dieses Vorgehen sicher, dass ein möglichst vollständiges Bild der Entwicklung im Forchheim-Nord abgebildet werden kann.

Analyse von statistischen Daten

Um die sozial- und infrastrukturellen Veränderungen sowie Veränderungen im Bereich Wirtschaft/Ökonomie und hinsichtlich der Beschäftigungslage dokumentieren zu können, wird eine Analyse der vorhandenen statistischen Daten durchgeführt. Hierbei kann auf das bereits vom BASIS-Institut in der Sozialraumanalyse zusammengestellte Set von Indikatoren zurückgegriffen werden.

Für die Erfassung von **Meinungen und Einstellungen der Bevölkerung** (wie die Einwohner die Veränderungen auf- und annehmen) werden folgende Methoden gewählt:

Repräsentative Telefonbefragung

Die Methode der Telefonbefragung hat im Gegensatz zur schriftlichen Befragung weniger mit dem Problem geringer Rücklaufquoten zu kämpfen, sondern erreicht leichter und schneller die Bewohner.

Leitfadengestützte Bewohnerinterviews

Als Ergänzung zur Telefonbefragung werden ausgewählte Bewohner face-to-face interviewt, um die Ergebnisse der Telefonbefragung zu vertiefen.

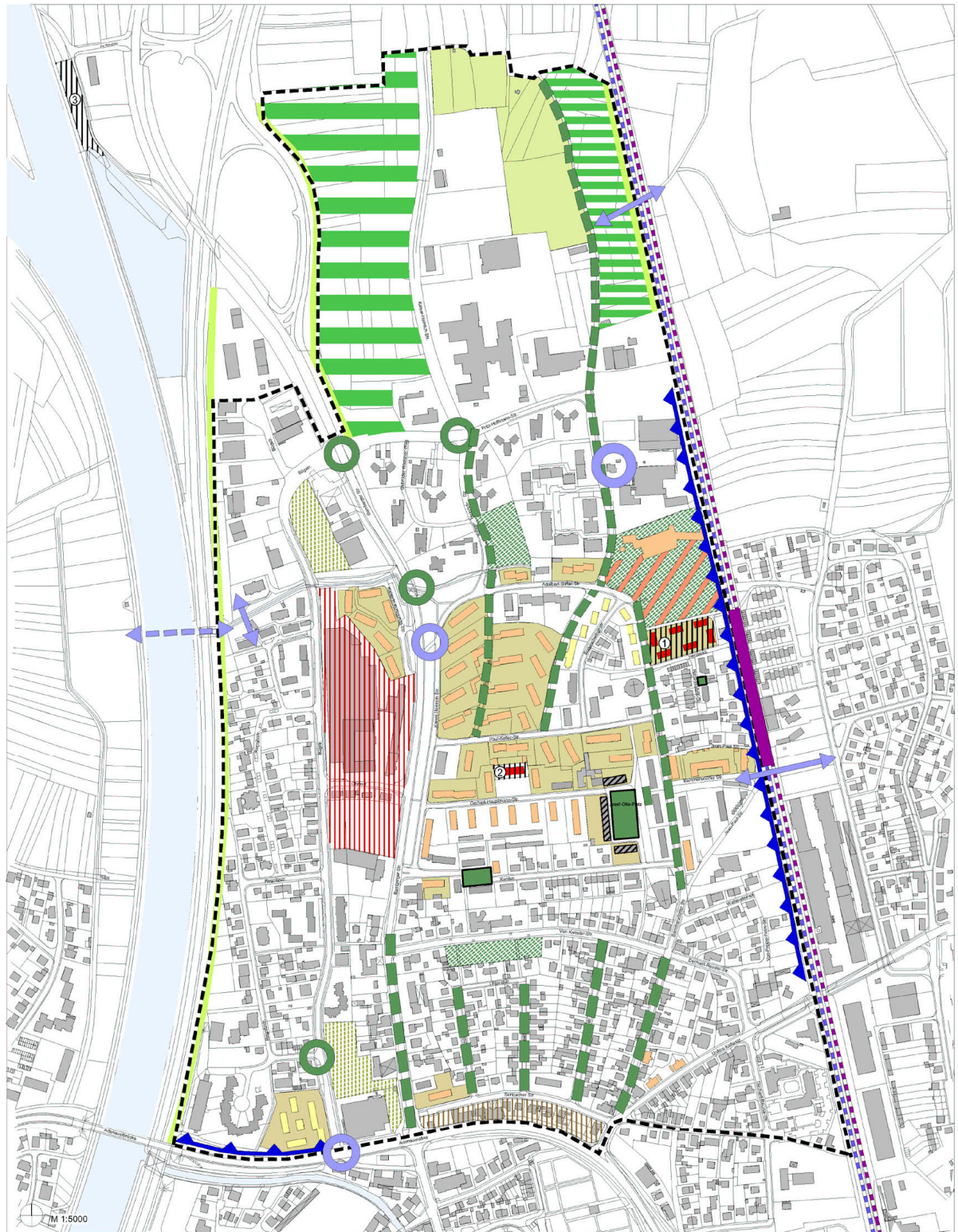
Gruppendiskussionen

Gruppendiskussionen mit Experten und Bewohnern sind in der Lage, sowohl reale Veränderungen im Stadtteil abzubilden, als auch ein Stimmungsbild der Bevölkerung und der Experten zu erfassen.

Ein Jahresbericht wird über den Verlauf des Projektes auf der Grundlage der Zielindikatoren berichten. Der Jahresbericht gibt für die Beteiligten aus Politik und für die allgemeine Öffentlichkeit Auskunft über den Projektfortschritt, spiegelt die Ergebnisse der quantitativen und qualitativen Erhebung wider, überprüft die Zielsetzungen des Integrierten Handlungskonzeptes und benennt Handlungsbedarfe für den weiteren Projektverlauf. Diese auch als "Monitoring" bezeichnete Vorgehensweise wird bereits in vielen Projekten der Sozialen Stadt erfolgreich angewandt. Programme und Maßnahmen können aufgrund dieser gewonnen Erkenntnisse korrigiert und weiterentwickelt werden. Der Planungsprozess wird somit zu einem "lernenden Prozess, die Rationalität von Planungs- Entscheidungsprozessen wird insgesamt gesteigert.

Ganzheitliche integrierte Lösungsansätze für Problemfelder, wie sie das Programm Soziale Stadt fordert, müssen sich immer auch mit der zeitlichen Dimension der Problemfelder auseinandersetzen. Mit Controlling- und Evaluationsinstrumentarien können diese zeitlichen Dimensionen untersucht, Veränderungen sichtbar und künftige Problemfelder im Sinne von Prävention verhindert werden. Zudem können mit der Evaluation von größeren Einzelmaßnahmen der Erfolg und die Effizienz überprüft und weitere Planungen optimiert werden. Hierfür bietet die oben dargestellte Palette unterschiedlicher Evaluationsmethoden schnelle und zuverlässige Zugangsweisen zu objektiven Informationen.

Gesamtmaßnahmenplan im baulichen und freiraumplanerischen Bereich



- Architektur / Städtebau:**
- Neuordnung nach Umsiedelung mögl. Standort f. Wohnen / Gewerbe
 - zunächst Erhalt von preisgünstigen Einfamilienwohnungen; Bauunterhalt umfassende Gebäudesanierung
 - Abbruch und Neubau
 - Stärkung zentraler Funktionen z. B. Läden, Gaststätten, ...
 - Neuplanung
 - ① Haus der Wohnungswirtschaft in Kombination mit Wohnungen
 - ② Altgerechtes Wohnen
 - ③ Neubau von Kleinstwohnungen

- Fläche für schulische Sozialeinrichtungen
- Fläche für Gewerbenutzung
- Wohnumfeld - Verbesserung
- Grünplanung:**
- Gestaltverbesserung von Kreuzung bzw. Unterführung
- Gestaltverbesserung Platz- / Strassenraum
- Um- und Neugestaltung Spiel- und Sportflächen

- Gestaltverbesserung Parkplätze
- Erweiterungsfläche Sport
- Aktivitätszone
- Schaffung von Kleingartenflächen
- Strukturelle Ergänzung raumwirksamer Achsen
- Verkehrsplanung:**
- Entschärfung Verkehrsproblem

"Soziale-Stadt" Forchheim Nord
Städtebauliche Analyse und Rahmenplanung

Maßnahmen Gesamtplan M 1:5000

Bearbeitet A. H.	Plannummer S / F 9	Plandatum 30.04.2004
---------------------	-----------------------	-------------------------

EBE + EBE, Architekten BDA + Stadtplaner, München
Brenner Landschaftsarchitekten, Landshut

neue Fusswegeverbindungen	Gleisverbreiterung (Ausbau für ICE)
Bau Lärmschutzwand	neuer S-Bahn Haltepunkt